

# WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG



## Sonderheft 2013

### Inhalt:

1. Der politische Gehalt von Stifters Roman „Witiko“ ..... S. 03
2. Das Scheitern des sudetendeutschen Autonomiewunsches ..... S. 05
3. „Wikileaks“ 1933 ..... S. 12
4. Die Legende von der Tschechoslowakischen Musterdemokratie ... S. 16
5. Das Münchner Abkommen ..... S. 20
6. Das Schicksal einer Industriellenfamilie (Skoda) ..... S. 25
7. Die Errichtung des Protektorats vor 74 Jahren ..... S. 28

• *Ein zeitgeschichtliches Vademecum* •

***Liebe Leserinnen und Leser!***

Zu den satzungsmäßigen Zielen des Witikobundes gehört „*Die Erforschung der geschichtlichen Wahrheit und ihrer völkerrechtlichen Bewertung sowie die Verbreitung der gewonnenen Ergebnisse*“ (§ 2,2,1). Dieser Aufgabe kam unser Bund seit seiner Gründung auf vielfache Weise nach (Vereinszeitschrift, Broschüren, Vorträge und Tagungen).

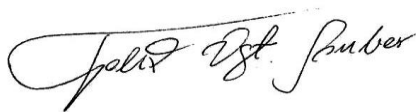
Mit dem vorliegenden „Sonderheft 2013“ setzen wir diese Arbeit fort. Einige der Studien erschienen bereits in den Witikobriefen der letzten Jahre. Der Schwerpunkt liegt auf der Zwischenkriegszeit, die von interessierter Seite gerne ausgeblendet wird, obwohl (oder weil!) in ihr die Weichen für die spätere Entwicklung gestellt wurden. Die Beiträge legen überzeugend dar, daß eine einseitige Schuldzuweisung an die Sudetendeutschen unhaltbar ist. Diese waren lange vor dem Auftreten Hitlers schlimmsten Repressionen ausgesetzt und führten einen legitimen Kampf für ihr Selbstbestimmungsrecht. Sie dafür zu bestrafen, ist absurd. Die Sudetendeutschen sind auch nicht bereit, den Kopf für Hitlers Protektorspolitik hinzuhalten, zumal auch diese meist verzerrt dargestellt wird.

Die Beiträge stützen sich auf die einschlägige Literatur und sind um eine kompakte Darstellung bemüht. Bei manchen Themen wundert man sich, daß sie in dieser konzentrierten Form nicht schon längst veröffentlicht wurden. Der Witikobund freut sich daher, die Arbeit der Landsmannschaft auf diese Weise ergänzen zu können.

Der besonderen Aufmerksamkeit empfehle ich den Schluß des Aufsatzes über Stifters Roman „Witiko“ zur Lektüre (Seite 3 f.). Er enthält in komprimiertester Form nicht nur die Leitlinie des Witikobundes, sondern auch den Schlüssel für ein weltweit friedliches Zusammenleben.

Das Sonderheft wird unsere Position stärken und verdient weite Verbreitung.

Gundelfingen, im April 2013



(Felix Vogt Gruber, 1. Vors.)

### Der politische Gehalt von Stifters Roman Witiko



Adalbert Stifter

Stifters Roman „Witiko“ handelt im 12. Jahrhundert. Sein Held verbrachte seine Kindheit im südböhmischen Purschitz (nw. von Tabor) und wurde nach dem Tode seines Vaters Wok bei einer Base seiner Mutter in Landshut erzogen. Nun reitet er von Passau nach Südböhmen, um das väterlichen Erbe anzutreten. Bei seiner Ankunft sucht man gerade den Nachfolger für den erkrankten Herzog Sobieslaw I. (†1140). In Frage kommen der Sohn des Erkrankten selbst und dessen Cousin Wladislaw II. (†1174). Witiko ergriff nach gewissenhafter Prüfung Partei für letzteren. Er unterstützte ihn auch militärisch mit einer aus seinen Untertanen geformten kleinen Streitmacht. Bald gewinnt er bei den böhmischen Adligen so großes Ansehen, daß er mit den höchsten Ehrenämtern betraut wird. Mit Kaiser Barbarossa ist er freundschaftlich verbunden und zieht mit ihm zweimal vor die Tore Mailands. Nachdem er einen in Südböhmen und

im Mühlviertel gelegenen größeren Landbesitz übernehmen konnte, findet er sein privates Glück durch die Heirat mit Bertha, der Tochter eines bayrischen Edelmannes.

Auf den ersten Blick scheint „Witiko“ ein historischer Roman zu sein. Manche sehen in ihm auch einen Entwicklungsroman, ähnlich Stifters „Nachsommer“, nur daß der Held seine Erziehung schon hinter sich hat und es nun um seinen Werdegang als Erwachsener geht. Die Aufnahme des Romans beim Publikum war verhalten. Wegen des schwerfälligen Handlungsfortschritts und in Anspielung auf Witikos Lieblingskleidung wurde er als „ledern“ charakterisiert.

Mit dem politischen Gehalt des Buches haben sich anfangs nur wenige befasst. Den wichtigsten Schritt tat 1922 Karl Flöring, ein junger Doktorand in Gießen. Er untersuchte, welche historischen Quellen Stifter benutzte. Stifter selbst erweckte in einem Schreiben an einen Freund den Eindruck, er stütze sich auf Originaldokumente „in wunderlichem Latein“. Flöring wies aber nach, daß er fast nur gedruckte Geschichtswerke, vornehmlich den ersten Band von Palackys *Geschichte Böhmens*, benutzte. Ferdinand Seibt ging 1972 aber noch einen Schritt weiter. Ihm genügte die „Positivliste“ Flörings nicht, sondern er untersuchte, welche geschichtlich belegten Ereignisse Stifter ausgelassen oder umgedeutet hat. Dadurch war er in der Lage, die Aussageabsicht Stifters noch besser zu erkennen. Sie bestand darin, das 12. Jahrhundert als Goldenes Zeitalter Böhmens erscheinen zu lassen, dessen Bewohner in schönster Harmonie zusammenlebten. Darüber hinaus betonte er die vertrauensvolle Zusammenarbeit der böhmischen Herrenschaft mit dem Deutschen Reich unter Konrad III und Friedrich Barbarossa. Die Botschaft sollte also sein: Ein ersprißliches Zusammenleben ist möglich, wenn wir uns nur das 12. Jahrhundert zum Vorbild nehmen. Dies war ohne Zweifel eine politische Botschaft, denn die nationale Rivalität war zu Stifters Lebzeiten bereits voll entbrannt (Königinhofer Handschrift 1817!).



Palacky

Stifter nahm im Interesse seines Zieles bemerkenswerte Abweichungen vom wahren Verlauf der Geschichte in Kauf. So verkürzte er den Betrachtungszeitraum Palackys von 1138 bis 1184 ausgerechnet um die zehn Jahre in denen der böhmische Herzogthron völlig unharmonisch zehnmal (!) unter grausamsten Begleiterscheinungen den Besitzer wechselte! Beschönigt hat Stifter auch das Verhältnis Böhmens zum Reich. Als Wladislaw II., der nach Stifter rechtmäßige Kandidat für das böhmische Herzogsamt, Hilfe aus Deutschland erbat, wurde sie ihm angeblich aus ideellen Gründen gewährt. Nach Palacky jedoch war eine beträchtliche Geldsumme im Spiel. Stifter ging auch von einem tiefen Vertrauen zwischen Barbarossa und Wladislaw II. aus. Palacky sprach aber von einem zweideutigen Verhältnis. Er sah Böhmen im 12. Jahrhundert überhaupt schon in der Krise, die durch den „unheilvollen“ Einfluß Friedrich Barbarossas eher noch verschärft worden sei.

War Adalbert Stifter also nur der erste „Schönredner“ der böhmischen Geschichte, der damit genau so Schiffbruch erlitten hat, wie unzählige spätere? Kann man Ferdinand Seibt folgen, der Stifters Witiko-Roman eine „konservative Utopie“ nannte?

Die Antwort gibt Stifter selbst. Er hat sich zwar ein Idealbild der böhmischen Geschichte im 12. Jahrhundert zurechtgezimmert, bewegte sich damit aber im Bereich der künstlerischen Freiheit, zumal er damit niemandem geschadet hat. Für Stifter war aber entscheidend, daß im Konfliktfall die Bruchlinie niemals entlang der nationalen Unterschiede verlaufen durfte, sondern nur dort, wo Recht und Würde des anderen berührt werden. Das ist die große Idee, die die handelnden Personen in Stifters Roman „Witiko“ verkörpern und die uns diesen so wertvoll machen. Nur wenn sich beide Seiten auf diesen Grundsatz einigen können, werden wir dereinst vielleicht doch die Gefilde der Utopie verlassen.

*(Erstabdruck Witikobrief August 2011, Verfasser: F.Volk)*

*Was sie Weltgeschichte nennen,  
ist ein wüst verworrener Knäuel:  
List und Lug, Gewalt und Schwäche,  
Feigheit, Dummheit, Wahn und Greuel*  
(F.W. Weber, Dreizehnlinden).

*Der Zeitzeuge ist der natürliche Feind des Historikers*

## Das Scheitern des sudetendeutschen Autonomiewunsches

(Referat gehalten am ST. 2011 in Augsburg von F. Volk)

Die meisten Sudetendeutschen lehnten 1919 die zwangsweise Einbeziehung in den neuen tschechoslowakischen Staat ab. Sie profitierten aber davon, Bürger eines „Siegerstaates“ zu sein und erkannten auch die geographischen Hindernisse für einen Anschluß ans „Reich“. Viele von ihnen waren daher auch nach dem 4. März 1919 noch bereit, sich zu fügen. Hinzu kam, daß die Arbeiterschaft im hochindustrialisierten Sudetenland den Internationalismus, zu dem sie von ihren Gewerkschaften erzogen worden war, sehr ernst nahm. Entsprechend fielen bis 1935 auch die Wahlergebnisse aus. Stets wurden die aktivistischen Parteien bevorzugt. Der Umschwung ergriff die breite Masse erst, als selbst der einfachste Hilfsarbeiter die nationale Diskriminierung spürte und hören musste: „Schicke Deine Kinder in die tschechische Schule und Du bist morgen wieder in Arbeit“.

In dieser Phase gründete Konrad Henlein die Sudetendeutsche Heimatfront (SHF). Sein Ziel war die kulturelle Autonomie und nicht die Sezession. Dennoch wurde Henlein fast ausschließlich mit dem Ruf „Heim ins Reich“ in Verbindung gebracht.

Vorsichtige Korrekturen an diesem Bild nahmen 1999 die Historiker Ralf **Gebel** („Heim ins Reich“) und Volker **Zimmermann** („Die Sudetendeutschen im NS-Staat“) vor. Den Anstoß dazu gaben das 1970 erschienene Tagebuch OLtn. Helmuth **Groscurths** und der seit 1972 den Archiven übergebene Nachlaß des britischen Geheimdienstlers Captain Malcolm **Christie**. Henlein erscheint nun als jemand, dessen Ziele sowohl von Berlin als auch von Prag aufs Schlimmste hintertrieben wurden.

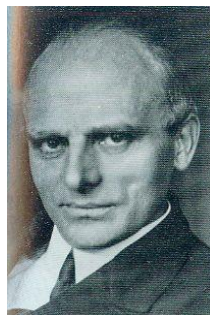
### Konrad Henlein im vorpolitischen Raum



Konrad Henlein,  
Ehrendoktor Univ. Breslau

Konrad Henlein wird meist als Turnlehrer bezeichnet, der sich in die Politik verirrt hat. Damit will man seine Unbedarftheit und Inkompetenz andeuten. Henlein hat sich aber schon sehr früh mit gesellschaftspolitischen Fragen befasst. So war er Mitarbeiter im „**Arbeitskreis für Gesellschaftswissenschaften**“, den der Reichenberger Rechtsanwalt Dr. Walter **Hergl** 1925 gegründet hatte. Eingeführt hatten ihn dort Heinz Rutha und der Spann-Schüler Prof. Walter Heinrich. Die Gruppe reiste in die **Schweiz** (1925) und nach **Belgien** (1929, Flamen-Walonen!), um dort das Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten zu studieren. Konrad Henlein nahm an der Reise in die Schweiz teil. Ohne Zweifel waren in seinen Kreisen auch die Pläne des Rumänen Aurel C. Popovici (1863-1917) bekannt, der 1906 die Monarchie in sechzehn weitgehend autonome und sprachlich einheitliche Teile gliedern wollte, sich aber nicht durchsetzen konnte.

Im Jahre 1926 rief Heinz Rutha den „**Kameradschaftsbund**“ (KB) ins Leben und ließ ihn 1930 in Prag als Verein registrieren. Auch hier war Henlein dabei. Der KB war im Kern eine „**Älterengemeinschaft**“ der Bündischen Jugend und verstand sich ein Stück weit als Kaderschmiede. Ziel war, die Sudetendeutschen **jenseits von Parteiengezänk** und Klientelpolitik zu einer **höheren politischen Einheit** zusammenzuführen. Der zu gründende Verband nannte sich „Sudetendeutsche Heimatfront“ und sollte laut Gründungsaufwurf vom 1.10.1933 auf „ständischer Grundlage“ aufgebaut werden, Darin zeigte sich der Einfluss des Wiener Professors **Othmar Spann**, aber auch der der Enzyklika *Quadragesimo anno* (1931). Dieses Gedankengut versuchten in Österreich Dollfuß (1933-1934) und Schuschnig (1934-1938) zeitweise in praktische Politik umzusetzen. Interessant ist, daß im südlichen Egerland Vorstandswahlen der Landjugend und ähnlicher Gruppen vereinzelt auch nach ständischem Prinzip abliefen..



Prof. O. Spann

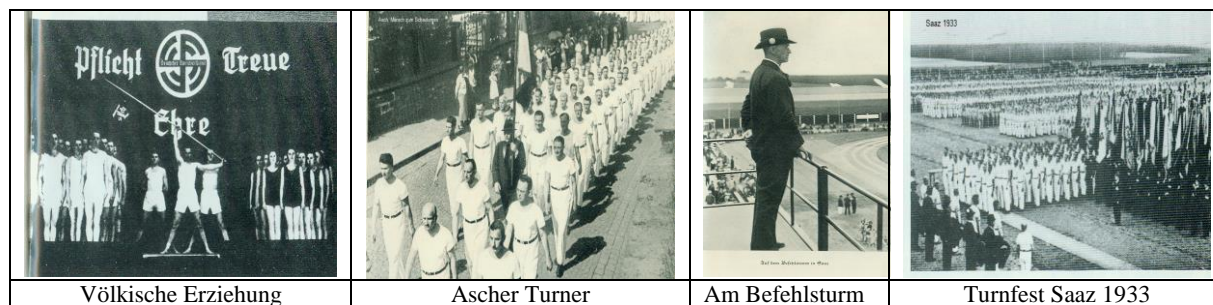


Prof. Walter Heinrich

Ganz wesentlich für die politische Qualifikation Konrad Henleins war seine Verwurzelung im sudetendeutschen **Turnertum**, denn den Turnern ging es einst nicht nur um Körperertüchtigung und

Athletik, sondern auch um die völkische Erziehung. Zuständig dafür waren die Dietwarte, die meist auch kleine Vereinsbibliotheken verwalteten. Man kann voraussetzen, daß Henlein als früherer Dietwart und späterer Vorsitzender des Gesamtverbandes der Sudetendeutschen Turner klare Vorstellungen von diesen Aufgaben hatte.

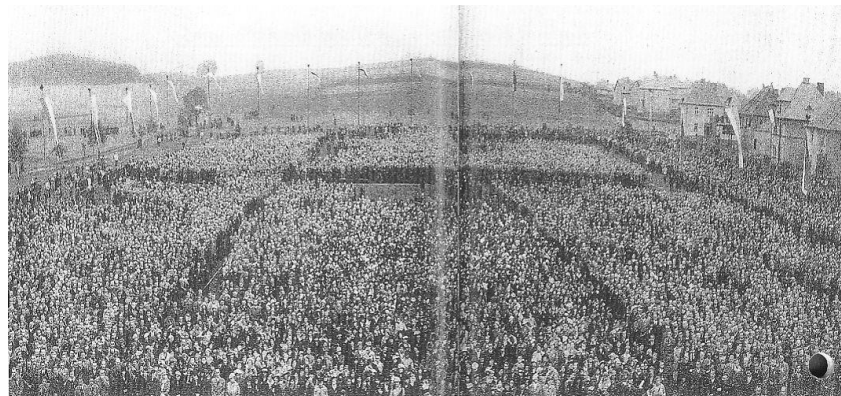
Henlein erwarb sich in seinem Amt als Turnverbandsführer große **Popularität**, namentlich bei den Verbandsturnfesten. Den Höhepunkt seines Ansehens erreichte er 1933 als Leiter des **Verbandsturnfestes in Saaz**.



Den **Schritt vom Turner zum Politiker** vollzog Henlein am 1. Oktober 1933 mit der Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“. Sie war zunächst als eine Art außerparlamentarischer Opposition gedacht. Bei ihrem Aufbau konnte er nicht nur auf die Freunde im Kameradschaftsbund zurückgreifen, sondern auch auf sein enges Beziehungsgeflecht unter den Turnern. Von den ehemaligen Kadern der verbotenen Parteien DNSAP und DNP hielt er sich bewusst fern, zumal diese auch einem politischen Betätigungsverbot für drei Jahre unterlagen.

#### Das Programm der SHF

Für das Jahr 1935 stand (nach sechs Jahren) wieder eine Parlamentswahl an. Den Wahlkampf eröffnete Henlein praktisch am 21. Oktober 1934 mit einer programmatischen Rede bei einer Großkundgebung in Böhmisches Leipa (sh. Bild!). Zehntausende waren gekommen (die Schätzungen reichen von 10.000 bis 60.000!) und hörten, welche Vorbehalte die SHF gegen den Nationalsozialismus machte: „**Nie werden wir auf die Liberalität, d.h. auf die vorbehaltlose Achtung der Persönlichkeitsrechte bei der Beziehung der Menschen im allgemeinen und zwischen Staatsbürgern und Behörden im besonderen verzichten**“. Diese Worte hat Henlein nicht leichthin gesagt, sondern sie waren vier Wochen vorher, am 24. September 1934, in der Hauptvorstandssitzung der SHF eingehend beraten und beschlossen worden. Laut Protokoll sollte der Rede sofort intensive parteiinterne Schulungsarbeit **gegen secessionistische Tendenzen** folgen. Das Protokoll vermerkt dazu: „**Endgültiger Bruch mit der großdeutschen Idee. Aufräumen mit dem Gedanken, daß das sudetendeutsche Gebiet von Hitler von Deutschland aus erobert werden könnte.**“ (Kral, 71).



Kundgebung am 21.10.1934 in Böhmisches Leipa

Im Klartext bedeutete dieses Programm, daß Henlein nach einer **Autonomie-Lösung** innerhalb der CSR suchte. Damit knüpfte er an Punkt 10 der 14-Punkte-Erklärung Präsident Wilsons an, wo es heißt: *The peoples of Austria-Hungary ... should be accorded the freest opportunity of autonomous development*“ (Den Völkern Österreich-Ungarns

... sollen die freiesten Möglichkeiten einer autonomen Entwicklung gewährt werden). Es war auch das geschichtsphilosophisch überlegene Konzept, weil es den Suprematiedanken abschwächte und so

der Idee Böhmens mit der Verzahnung zweier Völker an der Nahtstelle von Germanentum und Slawen nahe kam. Rein pragmatisch drückte es die Loyalität zu den in der CSR gültigen Gesetzen aus, denn das 1923 verabschiedete *Gesetz zum Schutze der Republik* erklärte den Versuch, einen Teil des Staatsgebietes loszureißen, ausdrücklich zur Straftat. Überhaupt glich Henleins Unterfangen einem Ritt auf der Rasierklinge, denn das erwähnte Staatsschutzgesetz stellte auch die „politische Aufwiegelung“ unter Strafe, womit praktisch jede kritische Stellungnahme zur Regierungspolitik verboten werden konnte. Wie eng der Spielraum war, sieht man auch daran, daß sogar Untersuchungen über die Entstehung des csl. Staates verboten waren. Offenbar hatte der Gesetzgeber ein schlechtes Gewissen über die Art und Weise, wie man sich den Staat erschwindelt hatte.

Henlein hatte aber durchaus auch **egoistische Gründe**, nur die Autonomie anzustreben. Er musste fürchten, bei einem „Anschluß“ die Bevormundung durch Prag nur gegen eine solche durch Berlin einzutauschen. Als Präsident eines autonomen Sudetenlandes hingegen hätte er mit Rückendeckung des Reiches gegenüber Prag eine nicht unbedeutende Rolle spielen können. Seine Befürchtungen haben sich leider bald nach dem „Anschluß“ bestätigt, wie ein Leitartikel von ihm in der „Zeit“ mit der Überschrift „So haben wir uns die Befreiung nicht vorgestellt“ verrät. Übrigens wäre die Autonomielösung auch ein guter Schutz für die CSR gewesen, denn niemals hätte das Deutsche Reich einen Staat mit einer starken und vor allem zufriedenen deutschen Minderheit mit Wirtschaftsboykott oder Schlimmerem bekämpft. Ausführlich hat darüber Paul Lamatsch geschrieben.

### Anfeindungen

Die SHF musste damit rechnen, daß ihr Autonomiekonzept von den tschechischen Parteien abgelehnt wird. Das ergab sich schon aus dem Beispiel der Slowaken. Deren Volkspartei hatte im Parlament schon am 25.1.1922 und am 8.5.1930 Gesetzesentwürfe zur Gewährung einer slowakischen Autonomie vorgelegt und war jedes Mal gescheitert.

Ähnlich ging es nun Henlein. Trotz aller Loyalitätsbekundungen wurde seine Parteigründung von der Staatspolizei umfassend beobachtet. Dieser gelang es sogar, einen Informanten in Henleins unmittelbarer Umgebung zu platzieren. Er hieß **Le Groos** und war ein deutscher Bankangestellter. Die Ausspähungen ergaben aber keine Anhaltspunkte für ein Doppelspiel Henleins, und die Behörden sahen von einem Verbot ab. Ohne Zweifel war Henlein durch seine große Popularität geschützt. Dennoch hielt man aber **Störmaßnahmen** unterhalb der Verbotsschwelle für angebracht. Schon am 23. November 1933 wurde Dr. Walter Brand, neben Heinz Rutha wichtigster Mitarbeiter Henleins, unter dem Vorwand der Staatsgefährdung verhaftet. Er kam ins Prager Gefängnis **Pankraz**, wo sich ihm bald weitere Mitglieder aus Henleins Führungsmannschaft zugesellten. Es waren dies: Dr. Wilhelm Sebekovsky, Dr. Fritz Köllner, Ernst Kundt und Oskar Kuhn. Erst nach vier Monaten öffneten sich die Gefängnistore wieder. Ein Verfahren oder irgendeine Erklärung gab es nicht. Die Ausweispaapiere wurden einbehalten. Mit Rechtsstaatlichkeit hatte das nichts zu tun.



Schwierigkeiten von tschechischer Seite hatte man einkalkuliert. Leider kamen auch Widerstände aus den eigenen Reihen und sogar aus dem „Reich“ hinzu, so daß Henlein gezwungen war, einen „Zwei- bzw. Drei-Frontenkrieg“ zu führen! Dabei zeigte sich, daß die vorübergehende Aus-schaltung Walter Brands fatale Folgen für das innerparteiliche Gleichgewicht hatte, denn sie ermöglichte es **Karl Hermann Frank**, dem späteren Sprecher des „Aufbruchkreises“, im Parteiapparat aufzusteigen. Dieser Kreis hatte sich um eine Zeitschrift namens „Aufbruch“ geschart und stand in Opposition zum KB. Er tendierte ideologisch „zum Reich“ und hatte Verbindungen zu mehreren emigrierten Mitgliedern der verbotenen DNSAP/DNP (z.B. **Jung** und **Krebs**, letzterer war Pressesprecher bei Frick!). Diese verfolgten das Ziel, die SHF (ab 1935 SdP) von Berlin aus fernzusteuern. Dafür standen auch Finanzmittel zur Verfügung, die über Karl Hermann Frank sicherlich der ganzen SdP

zu gute kamen. Hinter den sudetendeutschen Emigranten stand die „Prinz-Heinrich-Straße“ (Himmler/ Heydrich) mit SS und SD sowie allen einschlägigen Hilfsorganisationen und



Querverbindungen. Im Reichssicherheitshauptamt bestand seit 1935 ein Sonderkommando mit dem Auftrag, den „Spannkreis“ zu bekämpfen. Die Leitung hatte der SS-Sturmbannführer Samersky (Becher, S. 103). Dazu gesellte sich die Volksdeutsche Mittelstelle (VOM), deren Leiter, SS-Gruppenführer Behrend, schon 1934 geäußert hatte, daß die SdP für ihn erst dann existiere, wenn die Mitglieder der beiden verbotenen Parteien im SdP-Vorstand verankert seien. Begleitet wurde das von einer offenen Pressekampagne gegen den KB im „Völkischen Beobachter“ (9.4.1935), in „Das Schwarze Korps“ (26.6.1935) oder 1938 in „Volk im Werden“ (Nr. 6). Man warf Henlein vor, mit den Autonomieplänen **aus der Volksgemeinschaft ausscheren** zu wollen und die **Verschweigerung** der Sudetendeutschen zu planen. Außerdem führe die SHF nur einen Volkstums- und keinen nationalsozialistischen Weltanschauungskampf. Das war auch einer der Gründe, daß 1939 nur rund 500.000 der 1,3 Millionen

SdP-Mitglieder in die NSDAP überführt wurden.

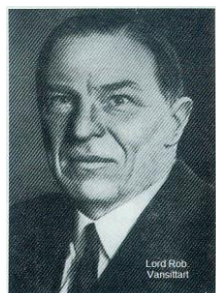
Im Jahre 1936 konnte der Aufbruchkreis seinen ersten größeren Erfolg verbuchen. Da man sich an Henlein selbst nicht herantraute, hielt man sich wieder an dessen wichtigste Mitarbeiter. Zielscheibe war erneut Dr. Walter Brand, Inhaber der Mitgliedskarte Nr. 3. Er wurde 1936 von einem Parteigericht, dessen Richter dem Aufbruchkreis verpflichtet waren, wegen einer Geringfügigkeit der Unehrenhaftigkeit geziehen. Henlein war wütend und erreichte die teilweise Revision des Urteils. Dennoch erschien Dr. Brand als irgendwie beschädigt und wurde als Korrespondent der „Zeit“ nach London entsandt. Da Henlein sehr auf die „englische Karte“ gesetzt hatte, mag dies in seinen Augen sogar eine gute Lösung gewesen sei. Vor Ort in Asch fehlte Dr. Brand jedoch als KB-Mann.



Da Henlein sehr auf die „englische Karte“ gesetzt hatte, mag dies in seinen Augen sogar eine gute Lösung gewesen sei. Vor Ort in Asch fehlte Dr. Brand jedoch als KB-Mann.

(Erläuterung zur Zeitung „Zeit“: Sie gehörte Henlein und war dessen einzige Einkommensquelle.)

Die innerparteilichen Querelen blieben der reichsdeutschen Opposition hoher Offiziere gegen Hitler nicht verborgen. Der ihr nahestehende Chef der deutschen Abwehr, Admiral Canaris, übernahm es, Henlein abzuschirmen, was allerdings nur unter großen Schwierigkeiten gelang (Bürger, S.191). Eine Schlüsselrolle spielte OLn. Groscurth, der Henlein vor allem im September/Oktober 1938 zur Seite stand. Sein Tagebuch über diese Zeit ist für uns von unschätzbarem Wert. Verständnis fand Henlein auch bei Dr. Steinacher, dem Vorsitzenden des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA). Mit ihm hatte sich Henlein schon im April 1934 heimlich im Riesengebirge getroffen. Dr. Steinacher teilte Henleins Ansichten, begab sich damit aber in Opposition zu SS und SD, was ihn später, im Oktober 1937, sein Amt kostete. Nichtsdestoweniger flossen Unterstützungsgelder für Henlein auch über Steinachers Dienststelle.



Vansittart



Groscurth



Canaris

Henlein hatte noch ein zweites Eisen im Feuer. Das waren die Kontakte zu den Briten, wo sich **Captain Malcolm Christie** seiner annahm. Christie war Leiter eines ausgedehnten Agentennetzes in Deutschland und arrangierte im Dezember 1935 Henleins ersten

offiziellen Besuch in London. Auch Henleins Rede im Chatham House hatte Christie möglich gemacht. Henlein strahlte so viel Glaubwürdigkeit aus, daß die Briten sagten: „Warum schicken uns die Deutschen nicht mehr solche Männer wie Henlein?“

**Die Ernte fuhr dann Heinz Rutha, Henleins „Außenminister“, im Februar 1937 ein. Er weilte in London und erhielt von Sir Robert Vansittart, dem Chefberater des Außenamtes (F.O.), das Hilfeversprechen für die Autonomielösung innerhalb der CSR-Grenzen.** Henlein knüpfte persönliche Kontakte zu britischen Diplomaten früher als zu Hitler, der sich für die Sudetenfrage allerdings auch lange nicht interessierte. Erst 1936 bei den Olympischen Spielen in Berlin hat er Henlein kurz die Hand geschüttelt.

#### **Ausweg Personalautonomie?**

Henlein wollte alle vorhandenen diplomatischen und rechtlichen Mittel ausschöpfen. Zu den letzteren gehörten die Petitionen an den Völkerbund. Mit großem Aufwand hat seine Partei 1936 die Petition gegen den Machnik-Erlaß formuliert, der deutsche Firmen von Staatsaufträgen ausschloss, in deren Belegschaft sich der nationale Bevölkerungsschlüssel der Region nicht widerspiegelte. Die Aktion verlief nach mehr als einem Jahr im Sande, weil die Prager Regierung einfach behauptete, dieser Erlass sei nie in Kraft gesetzt worden. Ein sehr interessanter, aber leider auch erfolgloser Vorstoß war der am 27.4.1937 vorgelegte Entwurf eines Volksschutzgesetzes. Dieses sah (nach mährischem Vorbild) anstelle der territorialen Autonomie eine Personalautonomie vor.

#### **Zweigleisigkeit nach stürmischem Herbst 1937**

Eine Kette von Rückschlägen traf Henlein im Herbst 1937. Im Reich verlor Dr. Steinacher sein VDA-Amt. Zu Hause wurde Heinz Rutha, Henleins zweitwichtigster Mitarbeiter und Träger der SHF-Mitgliedskarte Nr. 2, verhaftet. Die Anklage lautete auf homoerotische Beziehungen. Rutha nahm sich in der Zelle das Leben. Die Denunzianten werden im Umfeld von Heydrich vermutet.



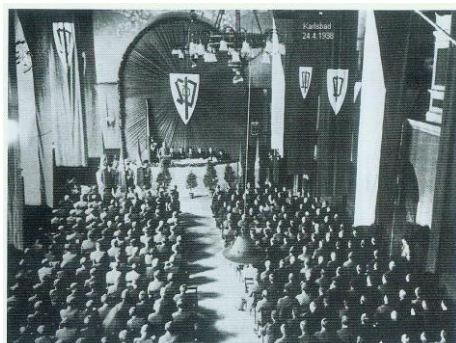
Heinz Rutha, †1937,  
Mitgliedsnummer 2

Henlein fiel es jetzt noch schwerer, seinen Autonomiekurs in der Partei zu verfechten. Zu Recht sah Elizabeth Wiskemann eine Palastrevolution, weil man „in Berlin der Henleinschen Mäßigung überdrüssig“ sei (Erlebtes Europa, S. 248). Es kam aber noch schlimmer. Prag hielt die Februar-Abmachungen über mehr Arbeitsplätze für Sudetendeutsche nicht ein, was die Hoffnung der Massen auf Linderung der wirtschaftlichen Not wieder enttäuschte. Dann kam es am 17. Oktober 1937 zum Zwischenfall in Teplitz-Schönau, bei dem Karl-Hermann Frank, obwohl Abgeordneter, von tschechischen Polizisten festgehalten und misshandelt wurde. Der Fall wurde ziemlich aufgebauscht und diente der csl. Regierung als Vorwand, die längst fälligen Gemeindewahlen erneut bis Mai 1938 zu verschieben.

Henlein steckte in einer Krise und sah nur einen Ausweg. Er musste **zweigleisig** fahren und Hitler um Unterstützung bitten. Das tat er in einer Denkschrift von zehn Seiten am 19.11.1937. Gleichzeitig ließ er aber die Fäden nach England und zur Canaris-Gruppe nicht abreißen.

(Anmerkung: Die Denkschrift wurde der Öffentlichkeit überhaupt erst 1951 bekannt, als die Akten der Deutschen Auswärtigen Politik, ADAP, veröffentlicht wurden. Fraglich ist auch, ob Hitler sie jemals zu Gesicht bekommen hat.)

#### **Der „Anschluß“ Österreichs und die Teilmobilisierung**



Verkündung des Karlsbader Programms

Am 12. März 1938 erfolgte der „Anschluss“ Österreichs. Im Prager Parlament kam es am 29. März 1938 zu einem gemeinsamen Protest aller Minderheiten-Vertreter (Deutsche, Slowaken, Madjaren und Polen) gegen die tschechische Vorherrschaft, doch Henlein blieb realistisch und verlangte nur das „politisch Machbare“. Ausdruck dessen war das Karlsbader Programm vom 24. April 1938, das mit Punkt 6 zwar die Forderung nach Wiedergutmachung der wirtschaftlichen Schäden enthielt, aber **keineswegs die Forderung nach Loslösung der Sudetengebiete**. Vier Wochen später, am 21. Mai 1938, fanden die Gemeindewahlen statt. Für Henleins Partei stimmten 90 Prozent der Sudetendeutschen. Wegen des

Fehlens einer Abtretungsforderung interpretiert **H. Rönnefarth** diese Wahlen als Votum der Sudetendeutschen für das Autonomieprogramm (S. 303)!

Der neuerliche Wahlerfolg Henleins ist umso bemerkenswerter, als er unter dramatischen Umständen errungen wurde. Einen Tag vor der Wahl hatte Benesch seine Armee **teilmobilisiert**, weil angeblich ein deutscher Angriff bevorstand. Tatsächlich ging es aber um die Einschüchterung der sudetendeutschen Wähler und um den Wunsch Prags, aus dem innerböhmischen Konflikt ein internationales Kräftemessen zu machen. Das Stichwort dazu hatte Churchill am 12. April 1938 gegeben. Er sah die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Eingreifens Deutschlands nur bei 1:50 und riet deshalb Benesch, **selbst einen Krieg "hervorzurufen"** (Kral, 1968, S. 117). Die Wünsche der Sudetendeutschen drohten von jetzt an noch nebensächlicher zu werden. Aber gerade deswegen **schickte Henlein Dr. Brand am 25. Mai 1938 erneut nach London, um das Autonomie-Konzept zu vertreten** (Brand, S. 138).

Wieder stand Malcolm Christie im Hintergrund. Dr. Brand wurde in der britischen Hauptstadt von ihm schon erwartet und sofort zu Sir Robert **Vansittart**, dem Hauptberater des britischen Außenamtes, gebeten. Vansittart widmete Dr. Brand viel Zeit und wollte genau wissen, ob die Autonomielösung noch aktuell sei. Dr. Brand bejahte weisungsgemäß. Vansittart wollte aber ganz sicher gehen und bat Dr. Brand, sich das in Asch noch einmal telefonisch bestätigen zu lassen. Dr. Brand hat daraufhin mehrere nächtliche Telefonate geführt und die Bestätigung bekommen.

Diese Auskunft spielte in den nächsten Wochen eine wichtige Rolle. Von ihr ausgehend legte **Nev. Chamberlain** nämlich als Ziel der britischen Politik die Autonomie-Lösung fest. Das sieht zwar wie ein Alleingang aus, doch Berlin und Prag hatten auf seine vorher im April geäußerte Bitte, selbst klare Ziele zu formulieren, nicht geantwortet. Am Autonomieziel hielt Chamberlain rund **zwei Monate** fest (Rönnefarth, S. 343 ff.).



Lord Runciman

Das war ganz im Sinne Henleins, und dieser bekräftigte in der Folge noch mehrmals seinen Autonomiewunsch. Zunächst tat er das am 18. August 1938 im Gespräch mit **Lord Runciman**, der in seinem Bericht schreibt: „*Zur Zeit meiner Ankunft wünschten die gemäßigeren sudetendeutschen Führer noch eine Regelung innerhalb der Grenzen des tschechoslowakischen Staates.*“ Das Protokoll bei diesem Gespräch führte der Brite Gwatkin und kann in den Büchern von Anneliese von Ribbentrop nachgelesen werden (nach: DBFP <Doc. Brit. For.Pol.> II, p. 656). Die Autonomielösung vertrat Henlein sogar noch am 2.

September 1938 unwidersprochen bei Hitler und einen allerletzten Versuch machte er nach seiner Flucht „ins Reich“ mit einer nochmaligen Entsendung Dr. Brands nach London. Freilich war es jetzt zu spät. Henlein hatte die Mehrheit seiner Partei nicht mehr hinter sich, und im September 1938 hatte sich Großbritannien schon für die Abtretung entschieden, allerdings aus, wie Lamatsch (S. 178 ff.) meint, nicht ganz ehrenhaften Gründen.



Dr. R. Lodgeman  
von Auen

Nichtsdestoweniger bleibt festzuhalten, daß es Henlein noch wenige Wochen vor dem Münchner Abkommen nicht um die Zerschlagung der CSR, sondern um eine innerstaatliche Lösung ging, natürlich auch aus Sorge um den Frieden.

Ein besonders guter Zeuge für den Autonomiewunsch Henleins ist **Rudolf Lodgman von Auen**. Er entschuldigte sich im Oktober 1938 in einem langen Schreiben an Hitler für seine Distanz zu Henlein, indem er diesem nach dem Muster von SS und SD den Versuch einer Abspaltung der Sudetendeutschen vom deutschen Volkskörper mit nachfolgender „Verschweigerung“ in einer kantonisierten CSR vorwarf.

### Freie Fahrt für NS-Ideologen

Nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens drangen im Kielwasser des Heeres SS und SD völlig ungeniert in das Sudetenland ein. Sie besaßen **Fahndungsbücher** und verbreiteten blankes Entsetzen, als sie rund 200 bewährte Kampfgenossen Henleins verhafteten. Ihnen wurde Nähe zum Kameradschaftsbund und damit ein kritisches Verhältnis zum NS zur Last gelegt. Nach Protesten Henleins verlief diese Aktion aber bald im Sande. Hilfreich war bei solchen Vorkommnissen die Anwesenheit OLtn. Groscurths. Dessen 1970 von seiner Familie herausgegebenes Tagebuch

unterrichtet uns über unzählige Einzelheiten aus dieser Zeit. Der Verfasser selbst ist 1943 in russischer Gefangenschaft verstorben.

Im März 1939, nach Errichtung des Protektorats, kam es erneut zu Maßnahmen gegen missliebige Henlein-Anhänger. Dr. Walter Becher, der spätere SL-Sprecher, berichtet, daß „ganze Hundertschaften“ ehemaliger Mitglieder der sudetendeutschen Jugendbünde in ein **Dresdner Gefängnis** geworfen wurden, darunter auch er selbst (Brand, S. 47 f. u.a.). In Verhören wollte man aus ihnen Geständnissen über gleichgeschlechtliche Vorkommnisse im KB herauspressen. Die Ausbeute war mager. Es kam nur zu drei Verurteilungen. Eine vierte betraf Dr. Walter Brand, der auf Anraten des wohlmeinenden Gerichtspräsidenten ein taktisches Geständnis abgelegt hatte, um den Fängen der Gestapo zu entkommen. Aber auch das half nicht, denn nach Absolvierung einer kurzen Gefängnishaft steckte ihn die SS für sechs Jahre ins KZ. (Das KZ lernte auch Prof. Heinrich kennen. Zuerst in Dachau, dann Haft in Dresden, Becher, S. 106). Diese Tatsachen verdienen breiteste Beachtung, denn Dr. Brand gehört zu den maßgeblichen Gründungsmitgliedern, ja „Paten“ des Witikobundes (Becher). Wie unerbittlich Heydrich den KB bekämpfte, sah man am 14. Jänner 1940. An diesem Tage erschienen in Reichenberg Flugblätter gegen Henlein und zwei Tage später **unappetitliche Hetzartikel** in der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“. Es hieß darin, Henlein hätte die Jugendverderber des KB gedeckt.



Friedrich Bürger

Leider hat Henlein in dieser Stunde **völlig versagt**. Anstatt sich mutig vor seine Gefährten zu stellen, unterzeichnete er ein von Heydrich entworfenes und extrem demütigendes Schriftstück, wonach das Sudetenland homosexuell verseucht gewesen sei! Als Heydrich 1942 starb, soll Henlein zu Friedrich Bürger, seinem Residenten in Berlin, gesagt haben: „Dies ist der schönste Tag meines Lebens“ (Bürger, S. 193).

### Schluß

Die Sudetendeutschen lebten in einem geschlossenen Siedlungsgebiet. Ihre Angliederung an Deutschland war aber geographisch schwierig. Die Gewährung kultureller Autonomie hätte die Lage vermutlich entspannt. Auch Henlein gab sich dieser Hoffnung hin. Dennoch wurde er viele Jahrzehnte lang als bössartiger Nationalsozialist diffamiert, dessen Hauptziel die Schleifung der „böhmischen Zitadelle“ gewesen sei. Als 1970 aber das Tagebuch OLTn. Helmuth Groscurths und bald darauf der Nachlass Captain Malcolm Christies bekannt wurden, musste ein Umdenken einsetzen. Henlein war fast bis zur letzten Minute Autonomist und war nur durch die Umstände gezwungen, **zweigleisig** zu fahren. Seine Verbindungen zu den Briten und zur reichsdeutschen Opposition gegen Hitler hat er bis 1938 gepflegt. Die Begeisterungswelle für den Anschluß konnte er 1938 aber nicht mehr beeinflussen. Für ihn gilt, was schon Bismarck wußte: unda fert, nec regitur (Die Welle trägt und kann nicht gelenkt werden).

*(Erstabdruk Witikobrief August 2011)*

### Literatur:

Becher, Dr. Walter, Zeitzeuge, München 1990; Brand, Dr. Walter, Sudetendeutsche Tragödie, Lauf 1947; Bürger, Friedrich, Rezension, Tagebücher eines Abwehroffiziers, in: Sudetendeutscher Erzieherbrief, Dez. 1972, S. 190 ff.; Groscurth, Helmuth, Tagebücher eines Abwehroffiziers, Stuttgart 1970; Kral, Vaclav, Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-47 (Dokumentensammlung), Prag 1964; Lamatsch, Paul, Prager Tragödie, München 1964; Rönnefarth, H., Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Wiesbaden 1961; Wiskemann, Elizabeth, Erlebtes Europa, 1936.

**Nachwort:** Henleins Rede vom März 1941 ist bekannt, ist aber eine Erklärung ex eventu. Er wollte prahlen, wie Masaryk oder nach der Wende 1990 mancher Bonner Politiker.



### „Wikileaks“ anno 1933 ff.

Vertrauliche Berichte tschechoslowakischer Botschafter 1933 – 1938

Wikileaks hat in letzter Zeit durch die Veröffentlichung vertraulicher Regierungspapiere großes Aufsehen erregt. Etwas Ähnliches veranstalteten deutsche Behörden nach Errichtung des Protektorats, als sie Zugriff auf Akten der csl. Regierung hatten. Gefunden wurden z.B. zahllose Quittungen ausländischer Journalisten, die in ihren Blättern weltweit Tendenzberichte zwecks Steuerung der öffentlichen Meinung geschrieben hatten. Abgedruckt wurden diese Belege in Rudolf Urban, „Demokratenpresse“, 1940.

Einen Blick hinter die Kulissen erlauben auch die von den Historikern leider noch zu wenig beachteten vertraulichen Berichte csl. Botschafter an ihre Regierung. Sie wurden von Prof. Berber in dem Buch „Europäische Politik 1933-1938 im Spiegel der Prager Akten“ (Essen 1942, 135 Seiten) publiziert und bestätigen umfassend den sudetendeutschen Standpunkt. Die interessantesten Teile daraus werden im Folgenden schlagwortartig wiedergegeben.

Die Berichte sind (wie im Buche Prof. Berbers) chronologisch angeordnet und können nach dem Datum zitiert werden. Hinter dem Datum stehen in Klammern Funktion, Name und Einsatzort des jeweiligen Berichterstatters.

#### 1933

09.02.1933 (Botschafter Vaclav Mastny, Berlin): Hitler betont, daß die im **Volkssportprozeß** angeklagten Sudetendeutschen nichts mit seiner nationalsozialistischen Bewegung zu tun haben.

21.03.1933 (Geschäftsträger Cerny, London): In Großbritannien wünscht man ausnahmslos, daß die Frage des polnischen Korridors eine für beide Seiten annehmbare Lösung finde.



Botschafter Mastny

25.03.1933 (Mastny, Berlin): Die **Haßkampagnen** einiger tschechischer Zeitungen gegen Deutschland sind eines Kulturvolkes unwürdig und können zu unfreundlichen Gegenreaktionen führen. Das deutsche Außenamt habe sich ihm gegenüber stets korrekt verhalten.

31.03.1933 (Botschafter Osusky, Paris): Der **Revisionsartikel 19** des Versailler Vertrages darf unter keinen Umständen angewandt oder auch nur erwähnt werden.

24.04.1933 (Mastny, Berlin): Der französische Botschafter Francois-Poncet hält Hitler für einen aufrichtigen Menschen, der in der Außenpolitik Sinn für Mäßigung habe.

10.05.1933 (Gesandter Girska, Warschau): Über einen **Präventivkrieg gegen Deutschland** wird von Marschall Pilsudski und im polnischen Generalstab nachgedacht.

11.09.1933 (Geschäftsträger Ibl, Paris): England wäre zu Zugeständnissen in der Abrüstung der Landheere, niemals aber der **Luftwaffe** bereit.

21.12.1933 (Mastny, Berlin): Die Absicht Hitlers, die Lage durch Nichtangriffspakte mit Frankreich und England zu beruhigen, ist „vollkommen **aufrichtig**“.

#### 1934

15.01.1934 (Gesandter Girska, Warschau): Laut General Sosnkowski hegt man in polnischen Militärkreisen dieselbe Animosität gegen Deutschland wie früher.

19.02.1934 (Erlaß des Außenministers Benesch): England bereitet eine große **Luftflotte** vor.

25.02.1934 (Mastny, Berlin): Nach dem Nichtangriffspakt mit Polen ist Deutschland auch **eifrig um ein gutes Verhältnis zur CSR bemüht**. Das zeigte sich z.B. in Sachen Sudetendeutscher Heimatbund. Dieses günstige Klima ist aber gefährdet, wenn die tschechische Presse Deutschland weiter durch unsachliche Darstellungen reizt.

01.03.1934 (Gesandter Chvalkovsky, Rom): Eden zeigte sich nach einem Besuch in Berlin von Hitler „sehr angenehm“ überrascht. Eden hält Einigung mit Deutschland für möglich. Der Schlüssel zur **Abrüstung** liege nur bei Frankreich.



Jan Masaryk

15.03.1934 (Botschafter Jan Masaryk, London): Churchill macht „eine Phase alarmierender Geisteshaltung“ durch. Er spricht unentwegt von Kriegsgefahr und mahnt zur Rüstung. Eden sprach in Berlin fünf Stunden mit Hitler und hatte von diesem einen sehr guten Eindruck. Er hält ihn für einen ehrlichen Fanatiker, der den Krieg nicht will.

18.04.1934 (Erlaß Benesch): Der Anschluß Österreichs wird Deutschland im Süden

beschäftigen, was zur Entlastung Polens im Norden führt. Daher wird sich Polen dem Anschluß nicht entgegenstellen.

13.07.1934 (Geschäftsträger Ibl, Paris): England ist nach Einschätzung der Franzosen froh, wenn über **Abrüstung** überhaupt nicht gesprochen wird und es im Stillen aufrüsten kann.

13.09.1934 (Krofta, Kanzleichef im Außenministerium): Unser Verhältnis zu den **Sudetendeutschen** hat sich „etwas getrübt“. Wir müssen zugeben, daß an vielen Orten der Unterschied zwischen den neuen tschechischen Schulen und den alten deutschen einigermaßen herausfordernd wirkt. Durch Druck wird nichts erreicht. „Unsere Deutschen“ weisen auf Verfolgung wegen vermeintlichen Hakenkreuzlertums und auf **überflüssige Schikanen** hin.

24.10.1934 (Mastny, Berlin): Hitler sprach mit Francois-Poncet über den Versailler Friedensvertrag, der Regelungen über das Territorium und die Abrüstung enthalte. Deutschland wolle keine Revision der Grenzen, bis auf den Korridor. Bei der Abrüstung lehne Deutschland aber demütigende Bestimmungen ab und bestehe auf Gleichberechtigung.

31.10.1934 (Gesandter Girsza, Warschau): Polen rechnet mit friedlicher Regelung der Streitfragen und nicht mit einem Krieg.

15.11.1934 (Masaryk, London): England rüstet seine **Luftwaffe** fieberhaft rund um die Uhr auf. Die Aufwendungen betragen etwa das Dreifache dessen, was im Staatshaushalt erkennbar ist.

### 1935

14.03.1935 (Krofta) Die Lebensverhältnisse in Deutschland sind nicht gerade glänzend. Aber angesichts der Größe des deutschen Volkes, der festen Fundierung des Staates und der besonderen Qualität der Nation muß mit einer sehr langen Dauer der NS-Herrschaft gerechnet werden.

28.03.1935 (Mastny, Berlin): Francois-Poncet vermutet, daß Hitler auf den britische Minister Simon glaubwürdig und aufrichtig gewirkt hat.

17.05.1935 (Gesandter Ibl, Paris): Die Deutschen gewährten den Sowjets einen Kredit von 200 Mio. RM, weil sie sich das Verhältnis zu ihnen nicht verbauen wollen.

22.05.1935 (Erlaß des Außenministers Benesch): Nach dem Wahlerfolg Henleins beurteilt Benesch dessen Partei **als nicht irredentistisch**. Auch werde sie bald auseinanderfallen.

23.05.1935 (Krofta): Für die tschechoslowakische Außenpolitik ist es sehr unangenehm, daß die Henleinpartei die größte der CSR ist, weil wir von ihr immer behauptet haben, daß sie gegen den Staat sei. **Berlin hat für Henlein kein Interesse bekundet**.

25.05.1935 (Mastny, Berlin): Die verhältnismäßige Aufrichtigkeit von Hitlers Friedenswillen liegt in der deutschen Hoffnung auf eine automatische Lösung der Probleme (z.B. in der CSR und in Österreich). Hitler besteht entschieden auf dem Recht der Selbstbestimmung. Das Verhältnis der CSR zu Deutschland ist offiziell korrekt, wegen unseres inneren Verhältnisses zu den Sudetendeutschen in Wirklichkeit aber schlecht.

30.09.1935 (Geschäftsträger Smutny, Warschau): Die polnische Kampagne gegen die CSR war in den letzten Wochen so intensiv wie seit Januar 1934 nicht. Die Polen sind eine Nation, die in der Geschichte immer durch irgendjemand irgendwo verfolgt wurde oder sich dies einbildet. Selbstmitleid und Rachewunsch sind Bedürfnis der polnischen Seele.

### 1936

26.03.1936 (Gesandter Slavik, Brüssel): Ein belgischer Kenner der britischen Industrie ist von der **fiebrigen Aufrüstung Englands** überrascht. Die britischen Industriellen verhehlen nicht, daß gegen Deutschland gerüstet wird.

14.07.1936 (Slavik, Warschau): Direktor Kobylanski vom polnischen Außenministerium gibt zu, daß der Schuldige in **Danzig** nicht (der Deutsche) Greiser sei, sondern der (polnische) Oberkommissar Lester, der sich unzulässigerweise in die inneren Angelegenheiten der Freien Stadt einmischte. Nach Ansicht des französischen Botschafters Noel entspricht Kobylanskis Meinung der Politik des polnischen Außenministers Beck.

08.10.1936 (Vortrag des Außenministers Krofta): Der Brite Eden wußte nicht, daß es in der CSR **deutsche aktivistische Parteien gibt, die mit der Regierung gegen die Henleinleute arbeiten**.

17.12.1936 (Vortrag Kroftas): Die Sudetendeutschen können nach den deutschen Rassegrundsätzen nicht als vollwertiges deutsches Volk angesehen werden.

1937

13.03.1937 (Gesandter Slavik, Warschau): Sikorski bedauert, daß Frankreich einen **Rüstungskredit** an Polen vergab, ohne den „Kopf Becks“ dafür zu verlangen.

08.04.1937 (Gesandter Slavik, Warschau): Als der französische Botschafter Noel in einem Auto mit polnischem Kennzeichen durch **Ostpreußen** reiste, war er polenfeindlichen Bemerkungen der Bevölkerung ausgesetzt.

05.06.1937 (Osusky, Paris): Roosevelt bleibt in Sachen Abrüstung passiv, solange die von Hitler und Mussolini aufgeworfenen politischen Fragen wie auch das **wirtschaftliche Regime der Autarkie** nicht geregelt sind.

17.06.1937 (Vortrag Kroftas): In Polen, in den Kreisen um Oberst Beck, herrscht ständig eine antitschechische Stimmung.

04.08.1937 (Geschäftsträger Prochazka, Warschau): Vor der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Paktes im Januar 1934 bot Polen Frankreich **wiederholt** an, mit ihm einen **Präventivkrieg** gegen Deutschland zu führen.

11.09.1937 (Vortrag Kroftas): Die öffentliche Meinung in England und Frankreich ist **für eine Volksabstimmung im Sudetenland**. Den jeweiligen Regierungen muß daher gesagt werden, daß dies für uns unannehmbar ist.

10.10.1937 (Vortrag Kroftas): Frankreich sichert der CSR rückhaltlose Hilfe zu.

14.10.1937 (Vortrag Kroftas): Die größten Schwierigkeiten gegenüber Deutschland entstehen durch das **Staatsschutzgesetz**, dessen Durchführung jedoch nicht unterbleiben kann.

07.11.1937 (Gesandter Slavik, Warschau): Polen hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, seine eigene und die Autorität des Völkerbundes in Danzig zu schwächen, so daß seine Rechte in **Danzig** heute nur noch auf dem Papier stehen.

02.12.1937 (Osusky, Paris): Die CSR ist bei den Mitgliedern der englischen Regierung besser angesehen als in der Öffentlichkeit. Die CSR wird als Riegel gegen Deutschlands Expansion in das Donaugebiet gesehen.

10.12.1937 (Gesandter Slavik, Warschau): Der französische Botschafter Noel teilt mit, daß Hitler gegenüber Halifax keine konkreten Forderungen an die **CSR** erhoben hat. In London gibt man zu, mit diesen Gesprächen **Zeit gewinnen** zu wollen.

1938

20.01.1938 (Osusky, Paris): **Ungarn** beschwert sich darüber, daß die CSR für die madjarische Minderheit nicht das getan hat, was sie versprochen hat.

21.02.1938 (Osusky, Paris): Frankreich bat England, in Berlin wegen Österreich vorstellig werden. England hat wegen des Konfliktes zwischen Eden und Chamberlain bisher nicht darauf geantwortet.

23.02.1938 (Mastny, Berlin): Henderson ist von der Aufrichtigkeit Hitlers, sich der CSR zu nähern, überzeugt.

24.02.1938 (Vortrag Kroftas): **Deutschland hat erstmals angedeutet, daß sein gutes Verhältnis zur CSR von der Lage der Sudetendeutschen abhängt**. Der Gesandte Eisenlohr beginnt, sich mehr und mehr in die Verhältnisse der CSR einzumischen und spricht mit den Henleinleuten.

12.03.1938 (Mastny, Berlin): Baron Neurath betont, die „österreichische Sache“ sei eine „Familienangelegenheit“ und betreffe nicht die CSR. Deutsche Truppen halten einen Abstand von 30 Kilometern zur CSR-Grenze. Neurath habe „leider“ wieder angeregt, den „Deutschen bei uns“ wenigstens einige Zugeständnisse bei der **kulturellen Autonomie** zu machen.

17.03.1938 (Masaryk, London): Prag möge irgendeinen politischen und wirtschaftlichen Ausschuß für „unsere Deutschen“ bilden, um **Zeit zu gewinnen** und durch irgendeine Geste die englische Öffentlichkeit zu beruhigen.

23.03.1938 (Mastny, Berlin): Im Ausland (namentlich in England und bei seinen Diplomaten in Berlin und Prag) ist die „Theorie“ stark verbreitet, daß den Deutschen bei uns tatsächlich Unrecht angetan werde. Unter „Ausgleich“ sei ein Ausgleich mit den **Henleinleuten** zu verstehen. Auch in Kreisen nüchterner Deutscher sind nach dem Anschluß Österreichs die Forderungen dafür ziemlich gewachsen. Nach Ansicht des englischen Botschafters machte Frankreich den Fehler, die CSR gegen

- Deutschland **aufzuhetzen** und von einer Übereinkunft abzuhalten. Die Deutschen in der Republik hätten bisher ihre Rechte nicht erhalten. England habe darüber ernsthafte Informationen, seit Henderson in Karlsbad war. Die Deutschen müssten in irgendeiner Form eine **Autonomie** erhalten.
- 21.04.1938 (Vortrag Kroftas): Der Defensiv-Vertrag CSR-Frankreich ist nur gegen Deutschland gerichtet.
- 26.04.1938 (Osusky, Paris): Jeder Aufschub von Verhandlungen mit den **Sudetendeutschen** kann den Briten als Vorwand dienen, sich aus dem Engagement für die CSR zurückzuziehen.
- 28.04.1938 (Masaryk, London): Hore-Belisha teilte führenden USA-Vertretern vertraulich mit, daß das **Schicksal der CSR besiegelt** sei.
- 14.05.1938 (Osusky, Paris): Henderson ist überzeugt, **daß Deutschland sich bemühe, die Sudetendeutschen zu beruhigen und nicht aufzureizen**. Ribbentrop meint, Benesch suche nur Scheinlösungen und wolle **dem Krieg nicht ausweichen**. Es wäre für die CSR verhängnisvoll, meint Osusky, wenn auch die französische Regierung zu dieser Überzeugung käme.
- 22.05.1938 (Osusky, Paris): Bonnet befürchtet, daß die **Mobilmachung** der CSR eine Mobilisierung Deutschlands rechtfertigen könnte.
- 16.06.1938 (Masaryk, London): Henderson beklagt sich über den unwahren CSR-Bericht von deutschen Truppenbewegungen. Sein diesbezüglicher Protest in Berlin sei daher eine große Blamage gewesen.
- 02.07.1938 (Krofta an Osusky, Paris): Frankreich möge sich gegen **unwillkommene jüdische Einwanderung** durch andere Mittel als Sichtvermerkszwang schützen.
- 04.07.1938 (Osusky, Paris): Deutschland arbeitet verstärkt an den Befestigungen seiner Westgrenze, weil es offenbar Folgerungen aus der **Mai-Mobilmachung** gezogen habe.
- 25.07.1938 (Osusky, Paris): Frankreich rät, den britischen Vermittler (Runciman) zu akzeptieren, denn damit könne man einen **Volksentscheid vermeiden** und **Deutschland aus dem Streit ausschalten**.
- 26.07.1938 (Masaryk, London): Chamberlain will um jeden Preis **Zeit gewinnen**.
- 31.08.1938 (Masaryk, London): Vansittart beschwert sich, von Benesch getäuscht zu werden, weil er den **Sudetendeutschen** nicht soviel gibt, daß die Weltmeinung sich hinter die CSR stellt. Die CSR müsse jetzt sofort einen „faktischen“ und keinen „theoretischen“ Standpunkt einnehmen.
- 01.09.1938 (Osusky, Paris): Die Berichte Runcimans aus Prag riefen in London einen gefährlich schlechten Eindruck hervor.
- 10.09.1938 (Gesandter Slavik, Warschau): Im polnischen Außenministerium begrüßte man den **Abtretungsvorschlag** in der „Times“ vom 7.9.38 mit Begeisterung. Er sei eine Bestätigung für die Richtigkeit der polnischen Politik gegenüber der CSR.
- 10.09.1938 (Masaryk, London): Die CSR sollte Newton noch heute mitteilen, daß das Plebiszit für Prag unannehmbar sei, damit die „Haderlumpen“ in London keine Ausrede haben.
- 13.09.1938 (Masaryk, London): Henderson hat Chamberlain davon überzeugt, daß am 21.Mai keine Verschiebung deutscher Truppen stattfand.
- 19.09.1938 (Osusky, Paris): Bonnet stellte sich entschieden gegen einen Volksentscheid, weil dann auch die übrigen Minderheiten einen solchen fordern würden, was das Ende der CSR bedeutete. Daher erkannte man in London, **daß nur eine unmittelbare Überleitung des Gebietes bliebe, zumal Präsident Benesch selbst eine Abtretung des Sudetengebietes an Deutschland erwäge** (sh. Necas-Geheimbrief, F.V.).
- 19.09.1938 (Militärattache Bulandr, Sofia): Der französische Militärattache Major de Robien wirft der CSR vor, die **Sudetendeutschen** in zwanzig Jahren nicht für das Zusammenleben gewonnen zu haben. Auf der Friedenskonferenz habe sie die Sudetengebiete **betrügerisch** gewonnen.
- 20.09.1938 (Masaryk, London): Der französische Generalstab habe erklärt, militärisch völlig unvorbereitet zu sein, besonders in fliegerischer Hinsicht.
- 26.09.1938 (Erlaß Außenminister Kroftas): Die CSR nimmt die polnischen Grenzforderungen an.

(Auswertung: F.Volk, Erstabdruck Witikobrief Feber 2012)

## Die Legende von der tschechoslowakischen Musterdemokratie

(von Friedebert Volk)

In vielen Geschichtsbüchern wird die CSR der Zwischenkriegszeit als „Insel der Demokratie“ gerühmt. Die Errichtung des Protektorats 1939 habe dieses „Paradies“ zerstört. Verschwiegen wird dabei aber stets das Eingeständnis Dr. Benesch selbst, zu dem er sich am 25. August 1938 während der Verhandlungen mit den Abg. Kundt und Dr. Sebekovsky hinreißen ließ (ADAP, S. 513): *Der Staat ist keine Musterdemokratie, sondern eine Diktatur der Regierungsmehrheit über die Opposition und eine Diktatur der nationalen Mehrheit über die andersnationalen Gruppen. Der Staat ist heute dadurch eine Art pseudoautoritärer Staat und keine Demokratie.*

Etwas eleganter drückte das der csl. Ministerpräsident Hodza am 19.9.1937 aus, als er von einem „neuen Typ von Demokratie“ sprach: *„Es ist die disziplinierte Demokratie, die Demokratie der geordneten Freiheit, die sich zur gesetzlichen und moralischen Autorität bekennt.“* (HABEL, S.361)

Wie sich diese disziplinierte Demokratie darstellte, kann die folgende Aufzählung zeigen.

**Nationalversammlung, revolutionäre:** Sie konstituierte sich 1918 ohne Wahlen und bestand nur aus Tschechen und wenigen Slowaken. Die Sudetendeutschen waren von der Mitarbeit an der neuen Staatsverfassung und den etwa 300, für sie oft nachteiligen ersten Gesetzen ausgeschlossen. Sie wurden behandelt als gehörten sie nicht zum Demos. Wirkliche Demokraten treten jedoch für die ungeschmälernten Rechte aller Bevölkerungsteile ein. Unter allen Nachfolgestaaten der Monarchie zögerte die CSR allgemeine Wahlen am längsten hinaus. Auch hielt es die Nationalversammlung für überflüssig, den „Souverän“ (§ 1) über die von ihr beschlossene Verfassung abstimmen zu lassen.

**Wahlkreisgeometrie:** Der Zuschnitt der Wahlkreise ging in der Regel zu Lasten der Sudetendeutschen. Sie benötigten für ein Mandat im Durchschnitt knapp 20 Prozent mehr Stimmen als die Tschechen (39.957 gegen 47.716). Noch schlechter gestellt waren die Magyaren, bei denen erst auf 109.847 Wähler ein Parlamentssitz entfiel (PLEYER, S.155). Besonders begünstigt war in Prag der Wahlkreis A, der nur von 22.100 Wählern bewohnt war. Praktische Folgen hatte das bei der Wahl vom 19. Mai 1935, als die SdP Henleins 73.000 Stimmen mehr auf sich vereinigen konnte als die stimmstärkste tschechoslowakische Partei (Agrarier) und dennoch einen Sitz weniger als diese zugesprochen erhielt. Völlig unabhängig vom Wahlergebnis waren für die Legionäre in der ersten Legislaturperiode vier Parlamentssitze reserviert, was der weiteren Absicherung tschechischer Interessen diente.

**Soldatenwahlrecht:** Soldaten der tschechoslowakischen Armee hatten in ihren jeweiligen Garnisonsorten volles Wahlrecht. Durch Verlegung tschechischer Regimenter (*Wahlbataillone*) in Orte mit knapper deutscher Mehrheit konnten diese politisch erobert werden (HASSINGER, S. 169 ff.). Erst nach zähen Verhandlungen gelang es den deutschen Parteien in der zweiten Wahlperiode, diesen Mißstand abzustellen (LUKASCH, S.244). Die Soldaten der österreichischen Armee hatten während ihrer Dienstzeit kein Wahlrecht.

**Wahlperiode:** Die Verfassung der CSR gestattete dem Wahlvolk einen Urnengang nur alle sechs Jahre. Das wirkte sich besonders krass aus, als die für 1937 fälligen Gemeindewahlen noch einmal um ein halbes Jahr verschoben wurden und damit die bei den Landeswahlen 1935 so erfolgreiche Sudetendeutsche Partei weiter von der Mitwirkung in den Gemeindeparlamenten ausgeschlossen blieb.

**Revers-Demokratie:** Die tschechischen Abgeordneten mußten bei Annahme ihres Mandats für den Fall der Unbotmäßigkeit eine Blanko-Rücktrittserklärung unterschreiben (SANDER 1935, mit Text des Revers, S. 110; LIPSCHER, S. 113; MENZEL, S. 64;). Abhilfe schuf auch das *Wahlprüfungsgericht* nicht, denn dessen Besetzung gehörte wohlweislich auch zu den Befugnissen des Parlaments (Gesetz vom

29.2.1920, SANDER 1935, S. 97 ff.). Zur Ehre der Tschechen muß man aber sagen, daß es 1929 eine Partei gegen das „gebundene Mandat“ gab. Für sie zog u.a. Karel Pergler ins Parlament ein, wurde aber wieder hinausgedrängt, als er auch noch eine Untersuchung über die Herkunft der Vermögen von Benesch und Masaryk beantragte (Krystlik, Verschwiegene Geschichte, S. 74).

**Petka:** Die eigentlichen politischen Entscheidungen fielen in einem Petka genannten Koalitionsausschuss, der in der Verfassung nicht vorgesehen war, aber dank der o.g. „Reversdemokratie“ verbindliche Beschlüsse fassen konnte.

**Ermächtigungsgesetz:** Das *Ermächtigungsgesetz* vom 9.6.1933 wurde mehrmals verlängert und verschärft, zuletzt 1936 bis zum 1.1.1938. Es galt unter Juristen als verfassungswidrig führte zu einer Art *Präsidualdiktatur*.

**Parteiauflösungsgesetz:** Das *Parteiauflösungsgesetz* vom 25.10.1933 wurde mehrmals, zuletzt 1936, verlängert und schloß den ordentlichen Rechtsweg aus. Damit ordnete sich die CSR in die Reihe der autoritären Staaten ein (SANDER 1936, S. 188).

**Verbot von Wahrheitsbeweisen:** Das Gesetz zum Schutze der Republik wurde 1923 erlassen und unterband jede Kritik am Staatsoberhaupt. Selbst im Falle lügnerischer Anschuldigungen waren Wahrheitsbeweise untersagt. Das galt auch vor Gericht. Das für eine Demokratie unabdingbare freie Ringen um Wahrheit war in der CSR unterbunden.

**Meinungsfreiheit:** Nachdem sich schon das Parlament durch das gebundene Mandat (Revers-Demokratie!) entmündigt hatte, schaltete die Regierung nach und nach auch die Kontrolle durch die Presse aus. Einschneidend war das Gesetz zum Schutz der Republik vom 19.3.1923, das sogar verbot, die Entstehung des Staates kritisch darzustellen! Besonders scharf wurden sudetendeutsche Zeitungen zensiert. Verbotene Artikel wurden von diesen aber nicht ersetzt, so daß die Zahl der weißen Stellen im Zeitungsbild ein Maß für die jeweilige oppositionelle Gesinnung war. Grundlage für die Zensur war eine 1933 beschlossene Novelle zum Gesetz über außerordentliche Maßnahmen aus dem Jahre 1920. Eine weitere Verschärfung brachte ein im Juni 1934 angenommenes Pressegesetz. Der Zensur unterlagen auch zahlreiche Bücher, besonders solche „aus dem Reich“, aber auch der „Schwejk-Roman“ von Jaroslav Hasek (!). Hunter Millers deckte 1935 auf, daß das von Benesch 1919 vor der „Kommission für die Neustaaten“ gegebene Versprechen, eine „zweite Schweiz“ zu errichten, in der CSR immer noch unterdrückt wurde („Diary“, Band XIII; sh. auch PRINZ, S. 96 f.). Empfang von Radiosendungen aus Deutschland war während des Ausnahmezustandes 1938 verboten.

**Staatsverteidigungsgesetz:** Das *Staatsverteidigungsgesetz* vom 13. Mai 1936 betraf 55 grenznahe Bezirke und damit 86 % der Sudetendeutschen. Dort Ansässige konnten auf dem Verwaltungswege und unter Ausschluss des Rechtsweges als *staatlich unzuverlässig* eingestuft und von gewissen Rechten ausgeschlossen werden. Da die Verfassung die Einheitlichkeit und Unteilbarkeit des Staatsgebietes forderte, war die Begrenzung auf die 55 grenznahen Bezirke auch verfassungswidrig (SANDER 1936, S. 102 f.). Auf dieses und andere Gesetze reagierte die politische Polemik mit der Wortschöpfung *Kabinettsjustiz*.

**Gewaltenteilung:** Ermächtigungsgesetz, Parteiauflösungsgesetz, Staatsverteidigungsgesetz, aber auch „Petka“ unterliefen die in der Verfassung vorgesehene Gewaltenteilung. Bezeichnend für die Stellung der CSR-Justiz war, daß die Richterstellen des Verfassungsgerichts seit 1931 vakant waren (SANDER 1936, S. 176).

**Selbstverwaltung:** Auf Gemeindeebene wurde die Selbstverwaltung systematisch beschnitten. Genannt seien nur die Verstaatlichung der Gemeindepolizei und des Schulwesens sowie die Kontrolle

über die Gemeindebibliotheken, wobei den Gemeinden aber jeweils die Kosten blieben. In den Finanzkommissionen der Gemeinden wurde die Hälfte der Mitglieder nicht gewählt, sondern „von

oben“ ernannt, auf Bezirks- und Landesebene ein Drittel der Abgeordneten. Demokratisch gewählte Bürgermeister mussten erst von der Regierung autorisiert werden. Der Staat konnte Gemeinde- oder Bezirksgrenzen neu bestimmen, wodurch es bis 1929 gelang, alle 14 zunächst deutschen Bezirke in größere, gemischtnationale Verwaltungseinheiten mit tschechischer Mehrheit zu überführen. Diese Maßnahme sollte nicht nur den deutschen Einfluß zurückdrängen, sondern nachträglich auch das im Memoire III gezeichnete Bild vom zerrissenen Lebensraum der Sudetendeutschen bestätigen (HASSINGER, S. 176 f. und FRANZEL, S. 78 f.).

**Bodenreform:** Das Amt für Bodenreform unterlag keiner demokratischen Kontrolle und war mit außerordentlicher Machtfülle ausgestattet. Tonangebend waren die tschechischen Agrarier und die Nationalen Sozialisten. Nach deutschen Mitarbeitern suchte man in der Behörde vergebens, obwohl meist über deutsches Eigentum entschieden wurde.

**Diskriminierung:** Gegen Roma und Sinti wurde 1927 das sog. „Anti-Nomaden-Gesetz“ eingeführt. Die kommunistische Regierung hob es 1948 auf.

**Kritische Stimmen:** Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten PRAVO LIDU bezeichnete am 23.12.1919 das tschechische Parlament als Diktatur der tschechischen Parteien (PRERADOVICH, S. 66). Josef SELIGER sagt 1920 in der csl. Nationalversammlung: „Der Verrat am Selbstbestimmungsrecht wird zur Bedrohung der Demokratie im Staat. Die Tschechen werden ein unglückliches Volk sein, solange sie nicht begreifen, dass die Demokratie nur unter Gleichen möglich ist.“ (Stenograph. Protokolle, Bd. 1, S.254). ADDISON schrieb bereits 1934 vom *tschechischen Polizeistaat* (Franke, S. 217). MASARYK (S. 13) scheint nicht ahnungslos gewesen zu sein, als er sagte: *Die Demokratie hätten wir, jetzt brauchen wir noch Demokraten.* Stefan OSUSKY (csl. Botschafter in Paris, †1973 in Washington) stellte fest, daß Benesch schon vor 1938 elementare Regeln der Demokratie mißachtet habe. Emil FRANZEL (S. 80) hält die CSR für eine *Formaldemokratie* hinter der sich die nationale Diktatur der Tschechen verbarg. F. SANDER (1936, S. 193) reiht die CSR nach Verabschiedung des Staatsverteidigungsgesetzes in die *Gruppe der autoritären Staaten* ein. Sir Thomas MOORE sagte 1938 im britischen Unterhaus: *Wie ich die Demokratie verstehe und sie Abraham Lincoln verstand, ist sie eine Regierung der Mehrheit eines Volkes im Interesse des ganzen Volkes. Wenn das richtig ist, dann herrschte die Demokratie nicht in der Tschechoslowakei.* Jos. KALVODA (S. 196) berichtet, daß sich Benesch nach Ansicht vieler Zeitzeugen auch im Exil wie ein selbsternannter Diktator verhielt. Die Mitglieder seiner provisorischen Regierung ließ er nicht von den Parteien auswählen, sondern bestimmte sie selbst. 1941 ließ er beschließen, daß ein Mißtrauensvotum gegen ihn niemals beantragt werden dürfe.

**Schlußbemerkung:** Palacky hielt die Tschechen „seit uralten Zeiten für demokratisch gesinnt“, Deutsche hingegen für obrigkeitshörig. Wenn dem so wäre, hätte das tschechische Volk 1938 nach der Abtrennung des Sudetenlandes und erst recht 1946 nach der Vertreibung der Sudetendeutschen zu wahren demokratischen Höhenflügen ansetzen müssen. Stattdessen baute man in der 2. Republik (1938-1939) das Mehrparteiensystem in ein Zweiparteiensystem um und schlitterte 1946 in die kommunistische Diktatur. Wie aber dargestellt, lagen die Wurzeln dafür schon in der 1. Republik, in der Emanuel Radl treffend Elemente des „aufgeklärten Absolutismus“ erkannte.

Grundsätzlich ist aber festzustellen, daß die bloße Einhaltung demokratischer Formen noch keinen Schutz vor Ungerechtigkeiten, insbesondere in einem Vielvölkerstaat, bietet. Palackys Zeitgenosse John Stuart MILL hat deswegen die Demokratie gerade für ethnisch gemischte Gebilde direkt abgelehnt. Zur Lösung dieses Dilemmas hatte Karl RENNEN 1899 eine Art „ethnischen Föderalismus“ vorgeschlagen, der weniger auf dem Territorialprinzip als auf dem Personalitätsprinzip beruhen sollte. Er dachte an die Schaffung von „kulturellen Nationalverbänden“, denen er neben der

kulturellen auch die Steuerautonomie zusprechen wollte. Bekannt wurden seine Ideen als "MÄHRISCHER AUSGLEICH", der zwei nationale Wählerlisten, die sogenannten Nationalkataster, vorsah. Tschechische Nationalisten warfen den Mähnern daraufhin nationalen Verrat vor. Tatsache war jedoch, daß in Mähren bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nationaler Friede herrschte.

Diese Erfahrung sollte die Welt zur Nachahmung ermutigen, anstatt sich mit Churchills zynischem Wort zu begnügen „Die schlechteste Regierungsform ist die Demokratie – mit Ausnahme aller anderen.“

**Quellen:** ADAP (Akten zur deutschen auswärtigen Politik) S.D. Bd. II Dok 398, Anl. 2; FRANZEL, Emil, Die Sudetendeutschen, München 1980; HASSINGER, Hugo, Die Tschechoslowakei, 1925; JAKSCH, W., Wir heischen Gehör, 1947; KALVODA, Josef, Czechoslovakia's Role in Soviet Strategie, Washington 1978; HABEL, Fritz-Peter, Dokumente zur Sudetenfrage, München 2003; LIPSCHER, Ladislav, Verfassung und politische Verwaltung in der CSR 1918-1939, München 1979; MASARYK, T.G., O democracii (Über Demokratie), hrsg.von Koloman Gjan, Prag 1991; MENZEL, Wolfg., 90 Jahre Kampf um Selbstbestimmung, in: Festschrift zum 22. Sudetentd. Tag 1971 in Nürnberg; PLEYER, Wilh., Europas unbekante Mitte, München-Stuttgart 1957; PRERADOVICH, Nic. von, Die Tschechoslowakei von 1918 bis 1992); PRINZ, Friedrich, Geschichte Böhmens; RÖNNEFARTH, Helmuth, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Wiesbaden 1961; SANDER, Fritz, Verfassungsurkunde und Verfassungszustand der Tschechoslowakischen Republik, Brünn, 1935; derselbe, Das Staatsverteidigungsgesetz und die Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik, Brünn, 1936

*Die Heimat lebt, solange wir es wollen.*

*Da sich stets die neuen Tage aus dem Schutt der alten bauen,  
Kann ein ungetrübtes Auge rückwärtsblickend vorwärts schauen.*  
(Friedrich Wilhelm Weber, Dreizehnlinden)

*Die Aushöhlung der Verfassung  
gehört zu den Königsdisziplinen eines Politikers.*

## Das Münchner Abkommen 1938

### Revisionsklauseln:

**Sowohl der Versailler Vertrag als auch der Vertrag von St. Germain enthielten Revisionsklauseln** (Teil 1, Art. 19 bzw. Art. 8 und 19). Sie sahen vor, daß die Rüstungspläne von *zehn zu zehn Jahren ggf. berichtigt und unanwendbar gewordene Verträge und solche internationale Verhältnisse,*



In der Mitte Ehepaar Osusky

*deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden* nachgeprüft würden. Da den Tschechen die Brisanz dieser Bestimmungen bewußt war, warnte der csl. Botschafter Stef. Osusky, Paris, schon 1933, daß sie unter keinen Umständen angewandt oder auch nur erwähnt werden dürften (Berber, 31.3.1933). **Die Revisionsklauseln waren also die Grundlage für das Münchner Abkommen.** Sie ermutigten auch die Sudetendeutschen, insgesamt 24 Petitionen an den Völkerbund zu richten, leider ohne jeden Erfolg, denn es geschah 20 Jahre nichts. Das ist ein beispielsloses Versagen von Demokraten, das eigentlich ausschließen sollte, die Sudetendeutschen jemals in irgendeiner Form **an irgendeinen Pranger zu stellen.**

### Selbstbestimmungsrecht:

**Das Selbstbestimmungsrecht war den Sudetendeutschen 1919 vorenthalten worden, obwohl es die Tschechen für die Slowaken und für sich selbst in Anspruch genommen hatten. Für die Annexion des Sudetenlandes wurde ein sog. (auf die frühe Feudalzeit zurückgehendes) historisches Staatsrecht geltend gemacht, nach dem übrigens die Slowakei an Ungarn hätte fallen müssen. Alois Rasin, der csl. Finanzminister, sagte: *Das Selbstbestimmungsrecht ist eine schöne Phrase; nun aber, da die Entente gesiegt hat, entscheidet die Gewalt. Im Gegensatz dazu stand die KPTsch, deren Sprecher Vaclav Kopecky am 27.3.1931 im Prager Parlament äußerte: Wir tschechischen Kommunisten erklären, daß wir das Selbstbestimmungsrecht bis zur Abtrennung der vom tschechischen Imperialismus unterdrückten Teile des deutschen Volkes bis zur letzten Konsequenz wahren und durchsetzen werden.***

## Loyalität:

Die Sudetendeutschen wurden gegen ihren ausdrücklichen Willen in den neuen Staat CSR gepresst. Niemand ist aber verpflichtet, etwas einzuhalten, zu dem er unter Gewaltandrohung gezwungen wurde. Ein gedeihliches Nebeneinander wäre dennoch möglich gewesen, da die zahlreiche Arbeiterschaft des einst hochindustrialisierten Sudetenlandes den Internationalismus, zu dem sie von den Gewerkschaften erzogen worden war, sehr ernst nahm. Das beweisen die Wahlergebnisse bis 1935, bei denen die aktivistischen Parteien, darunter ab 1929 die Sozialdemokraten, stets an der Spitze lagen. In dieses Bild passt die Austrittswelle aus der SdP nach den sog. Ausgleichsverhandlungen der Prager Regierung mit den aktivistischen Parteien vom 18.



Feber 1937. Damals beschloss das Prager Parlament für das Sudetenland Verbesserungen in der Arbeitsplatz- und in der Sprachenfrage, bei den Investitionen usw. Umgehend verließen 30.000 Sudetendeutsche die Henleinpartei (Seibt, S. 332), was zeigt, daß es ihnen vor allem um das wirtschaftliche Überleben und weniger um NS-Ideologie ging. Leider wurden die mit großem Propagandaaufwand gefeierten Versprechungen wieder nicht erfüllt, so dass **der ursprünglich gute Wille ins Gegenteil umschlug. Die Ereignisse von 1938 trugen daher, wie auch Wenzel Jaksch dem britischen Botschafter in Prag zu bedenken gab, teilweise den Charakter einer verzweifelten "Hungerrevolte"**. Hier zur Erinnerung noch einige Daten zur wirtschaftlichen Not: Das Sudetenland wies unter tschechischer Herrschaft die höchste Selbstmordquote und die höchste Kindersterblichkeit Europas auf.

1936 befanden sich in der CSR unter 846.000 Arbeitslosen 525.000 Sudetendeutsche, was einer Arbeitslosenquote von 18 % gleichkam gegenüber 3 % bei den Tschechen. Alleine im Staatsdienst wurden den Sudetendeutschen, gemessen am Bevölkerungsschlüssel, 37.000 Stellen vorenthalten. Über das

“Kinderelend” z.B. im Erzgebirge berichtete laufend das kommunistische Blatt “Rote Fahne” (bes. 14.8.1937). Zwei schwedische Journalisten schrieben, es sei unvorstellbar, *daß die ganze Welt gemächlich zusieht, wie ein Volk ausstirbt, ohne sich darum zu kümmern* (Katzer, S. 357). *Nach Vojmir Simonek (Volkszeitung, 10.5.1968, S. 1) lebte das Sudetenland auf der Stufe einer ausgebeuteten Kolonie. Den Sudetendeutschen blieb nicht verborgen, daß sich jenseits der Grenzen ein reichsdeutsches Wirtschaftswunder vollzog, an dem sie teilzuhaben wünschten.*

## Autonomie:

Henlein und seine Freunde befassten sich schon lange vor der Parteigründung mit der Autonomiefrage, wie ihre Studienreise 1925 in die Schweiz erweist (Becher, S. 55). In seiner Rede vom 21.10.1934 distanzierte sich Henlein von der NSDAP. Dieser Rede lag ein Beschluss der Parteileitung vom 24.9.1938 zugrunde, der auch verstärkte Schulungstätigkeit an der Parteibasis vorsah, um für den Inhalt der Rede zu werben. Wörtlich heißt es in dem Protokoll: **Endgültiger Bruch mit der großdeutschen Idee. Aufräumen mit dem Gedanken, daß das sudetendeutsche Gebiet von Hitler von Deutschland aus erobert werden könnte.** (Kral, 1964, S.71). Henlein trat für die Autonomie innerhalb der unangetasteten CSR-Grenzen noch in seinem Gespräch mit Lord Runciman am 18.8.1938 ein (Ribbentrop, S. 64). Auch bei Hitler konnte er noch am 2. September 1938 unwidersprochen dafür werben (Groscurth, S. 594). **Henlein und seine Gefolgsleute liebäugelten dabei mit der Aussicht, in einem autonomen Sudetenland mit Rückendeckung des Reiches ziemlich unabhängig schalten und walten zu können.** Zur Forderung *Heim ins Reich kam es erst, als die 1937 propagandistisch sehr gefeierten Februar-Verträge über mehr Arbeitsplätze für Sudetendeutsche wieder nicht eingehalten wurden. Verhängnisvoll war 1937 der Selbstmord des ausgleichsbereiten und einflußreichen Heinz Rutha in tschechischer Haft. Die Haftgründe waren fadenscheinig und waren möglicherweise vom deutschen Geheimdienst lanciert. In Henleins Umgebung verschoben sich nun die Gewichte zu den radikaleren Kräften, die eine Lösung nur noch „vom Reich“ her für möglich hielten. Noch in seinem Abschiedsbrief an die Partei mahnte Rutha: *Wirkt für das Zusammenleben der Völker in unserem Land* (Becher, S. 85).*

### „Oberschwätzer“ Benesch:

**Das internationale Ansehen Benesch's war seit 1919 stark gesunken.** Der britischen Diplomatie war schon in den Zwanziger Jahren Benesch's rechthaberisches und kleinliches Wesen aufgefallen. Er galt ihnen als *champion talker* (Oberschwätzer), *most overrated man of his days* und *skilful intriguer* (Reiner Franke, S. 223 ff.). Parallel dazu erschienen die Bücher Harold Nicolsons (*Peacemaking 1919*) und Lloyd Georges (*Die Wahrheit über die Friedensverträge*), die einige der tschechischen Fälschungen in Versailles aufdeckten. Besonderes Aufsehen erregte 1935 die Enthüllung Hunter Millers, daß in der CSR das 1919 vor der "Kommission für die Neustaaten" gegebenes Versprechen,



Benesch & Smutny (r.)

eine "zweite Schweiz" zu errichten, immer noch der Zensur unterlag ("Diary", Band XIII; sh. auch Prinz, S. 96 f.). **Benesch erregte 1935 mit dem Vertrag mit der Sowjetunion großes Mißtrauen der Westmächte, denn er sah eine starke militärische und kulturelle Bindung an die Sowjetunion vor. Als der spanische Bürgerkrieg ausbrach, wollte man einen zweiten kommunistischen Staat in Europa nicht hinnehmen** (Vietz, passsim). **Unter diesen Umständen sind die unbezweifelbaren späteren diplomatischen Erfolge Benesch's erstaunlich.** Fatal wäre es freilich, wenn sie, wie manche Autoren mutmaßen (z.B. Charmley, S. 314), mit Churchills 1938 drohender privater Insolvenz zusammenhängen, die Benesch im Verein mit dem mährischen Juden Strakosch abzuwenden in der Lage war.

### Benesch „brauchte den Krieg“

Im April 1938 forderten die Alliierten Hitler auf, bezüglich der Sudetendeutschen Forderungen zu stellen, *was diesen überraschte* (Taylor, S.211), denn noch war die Sudetenfrage eine innertschechische Angelegenheit, für deren Lösung eine einfache Volksabstimmung genügt hätte. Das aber wollte Benesch unter allen Umständen vermeiden, weil auch die anderen Minderheiten das

Selbstbestimmungsrecht herbeisehnten und der csl. Kunststaat implodiert wäre. Auf die internationale Ebene wurde die Sudetenfrage durch völlig unbegründete Teilmobilisierung der csl. Armee gegen Deutschland am 20.Mai 1938 gehoben. **Hinter dieser Maßnahme steckte Churchill, der Benesch am 12.April 1938 riet, selbst einen Krieg gegen Deutschland „hervorzurufen“, weil die Wahrscheinlichkeit militärischer Maßnahmen Deutschlands nur bei 1 : 50 läge** (Kral, 1968, S. 117). Auch das Foreign Office stellte im März 1938 intern fest, dass die *einzigste Hoffnung auf tschechische Vorherrschaft* in Böhmen ein großer Krieg sei (Franke, S. 501). In diesem Lichte ist schon 1936 Benesch's Versuch zu sehen, Frankreich für eine militärische Aktion gegen die Besetzung des Rheinlandes zu gewinnen. **Im Londoner Exil gab Benesch im Gespräch mit seinem Mitarbeiter Jar. Smutny zu: Wir brauchten den Krieg und ich tat in diesem Sinne alles, damit es ja zum Krieg kommt** (DHCP, Nr. 433,30.12.1940). Benesch lehnte daher auch die 1937 von Deutschland unterbreiteten Vertragsangebote zur Behebung der Spannungen ab, obwohl sie, wie Benesch zugab, *sicherlich sehr ernst gemeint waren*.

*Auch Polen zeigte diesen Mangel an Verständigungsbereitschaft, weil es sich von einem Krieg eine endgültige und womöglich noch vorteilhaftere Grenzregelung im Westen erhoffte. Vansittart machte sich in seinen Memoiren darüber lustig, dass Pilsudski zweimal jährlich in Paris um Rückendeckung für weitere Landnahmen in Polens Westen einkam.*

### Der Necas-Brief:

Schon 1919 hatte Josef L. Stehule (S. 546) die Aussiedlung der Sudetendeutschen in Erwägung gezogen: *"...bevor Deutschland sich seiner besinnt, wird das ganze böhmische Gebiet ohne jede Gewalt tschechisiert sein.... Wenn dieser Prozeß nicht schnell genug vonstatten geht, schreiten wir zur Aussiedlung des deutschen Elements..."*. Zu dieser Variante griff Benesch in seinem sog. *Necas-Geheimbrief an die Westalliierten vom 15. September 1938*. Er bot darin an, Teile des Sudetenlandes an Deutschland abzutreten und dazu etwa 1,5 bis 2 Millionen Sudetendeutsche ins Reich zu überführen. Hitler sei notfalls zur Annahme dieses Planes zu zwingen. Dieser Brief

## **ermutigte die Westalliierten, am 19. September 1938 von Prag ultimativ die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zu verlangen.**

Der Brief war zwar von Benesch verfaßt, ging aber in die Geschichtsschreibung unter dem Namen seines Überbringers, des damaligen Sozialministers Dr. Jaromir Necas, ein. Das war ganz im Sinne Beneschs, der die Brisanz seines Schreibens ahnte und auf äußerste Geheimhaltung drang. Nicht einmal sein eigener Botschafter in Paris, Stefan Osusky, war eingeweiht. Als dieser beim französischen Außenminister vehement gegen die geplante Abtrennung des Sudetenlandes protestierte, zückte dieser nur kühl das Benesch-Papier. Während des Londoner Exils bedrängte Benesch seinen früheren Minister und Briefboten Necas, das Schreiben als seine private politische Aktion auszugeben. Necas lehnte aber ab und starb verbittert kurz vor Kriegsende in London. Sein Testament bestimmte, daß **an seinem Grabe nur drei Tschechen zu dulden seien** (Herget, Edvard Benes: Eine Nachbetrachtung, Sudetendeutsche.Zeitung 17. 6. 1994). **Die Geheimhaltung des Necasbriefes vor dem eigenen Volke gelang bis 1957. Dann lancierten ihn die Kommunisten, um Benesch als „bürgerlich“ zu desavouieren. Die Sowjets allerdings kannten Beneschs Doppelspiel und nutzen ihr Wissen gnadenlos aus. Für Osusky war Benesch bis 1948 kein freier Mann mehr.**



Jar. Necas

### **Die Rolle der Sudetendeutschen Sozialdemokraten:**

Wie Dr. Hodza 1942 in seinem in London erschienenen Buch „Federation in Central Europe“ mitteilt, bot er Henlein Ende 1937 Gemeindewahlen an. Nach Einschätzung Wenzel Jakschs (Kern, S. 255 -257) hätte das *die Auslieferung der ganzen Selbstverwaltung in unseren Grenzgebieten bedeutet. Jaksch nimmt für seine Partei in Anspruch, im Mai 1938 praktisch alleine in den Gemeindewahlkampf gegangen zu sein und damit verhindert zu haben, daß die internationale Propagandaschlacht um das Schicksal der CSR schon im Frühjahr verloren gewesen wäre. Es hätte dann keine Runciman-Mission und keinen Spruch von München mehr gegeben. Selbst die heroische Geste der Generalmobilmachung am 23.September 1938 wäre der CSR nicht mehr möglich gewesen. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie habe das Sudetengebiet noch politisch gehalten, als es von der csl. Staatsbürokratie bereits faktisch preisgegeben war.*

### **Das Ultimatum vom 19. 9. 1938:**

Deutschland wünschte einen Volksentscheid. Doch ausgerechnet die Vertreter der „Musterdemokratien“ England, Frankreich und CSR lehnten diese ehrlichste und demokratischste Lösung ab und schlugen die Gutachterlösung mit Lord Runciman vor. **Damit konnte man**, wie die französische Diplomatie sogleich erkannte (Berber, 25.7.1938), **Deutschland aus dem Streit heraushalten**. Rein formal wäre die Nichtbeteiligung Deutschlands korrekt gewesen, da Deutschland auch nicht an der Übertragung des Sudetenlandes beteiligt war. Günstiger erschien aber der Schachzug mit Lord Runciman. Dieser bestätigte die Beschwerden der Sudetendeutschen und empfahl die *sofortige Überführung des Sudetenlandes ins Reich*. Nun verlangten Briten und Franzosen am 19. 9. 1938 von

Prag die Abtretung des Sudetenlandes. Der Necas-Brief vom 15.9.1938 hatte die Richtung vorgezeichnet.

In der Nacht zum 20. September 1938 machte Ministerpräsident Dr. Hozda im Einvernehmen mit Benesch dem französischen Gesandten de Lacroix aber klar, daß die CSR-Regierung die Abtretungspläne nur nach scheinbar ultimativem Druck seiner Verbündeten annehmen könne. Nur so könne sie vor dem eigenen Volke den Eindruck des Kapitulantentums vermeiden. Benesch hatte das Ultimatum also selbst "bestellt". Später pries er das Münchner Abkommen als seine größte diplomatische Leistung, denn er konnte sich als Opfer einer Erpressung ausgeben und hatte eine allgemeine Volksabstimmung vermieden, die auch den Slowaken und Ruthenen die Möglichkeit gegeben hätte, sich schon damals von der CSR loszusagen. Beneschs Doppelspiel veranlasste Stefan Osusky, gegen den Staatspräsidenten einen Hochverratsprozeß zu verlangen (Herget, Sudetendeutsche Zeitung, 17.6.1994)

### **Das Münchner Abkommen:**

**In München wurden nur noch die Durchführungsbestimmungen für das Abkommen, das hinsichtlich der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete bereits grundsätzlich erzielt wurde, beschlossen. Es gab also einen Vorvertrag über die Abtretung des Sudetenlandes, und zwar aufgrund des Notenwechsels vom 19./20. September 1938 zwischen der CSR einerseits und Frankreich und Großbritannien andererseits.**

Es entspricht auch nur bedingt den Tatsachen, daß die tschechische Seite von den Verhandlungen in München ausgeschlossen gewesen sei. Sie hatte immerhin durchgesetzt, daß die von Hitler gewünschte Volksabstimmung für alle Volksgruppen unterblieb und damit die Auflösung ihres Staates schon damals verhindert wurde. Doch das gehört zu den am besten gehüteten Geheimnissen der tschechischen Geschichte.

Als die französischen und britischen Staatsmänner aus München heimkehrten, wurden sie von den Menschenmengen mit Begeisterungstürmen empfangen. Mitglieder des Pariser Stadtrates beantragten, einige Straßen nach Daladier und Chamberlain zu benennen. Die Zeitschrift „Petit Parisien“ legte ein Goldenes Buch aus, in das sich bald eine Million Franzosen, die das Münchener Abkommen begrüßten, eingetragen hatten. Vielen Briten galt das Münchner Abkommen als ein *Triumph der Sittlichkeit* (Taylor, S.262). In Opposition stand nur die Gruppe um Churchill, die im Mai 1940 Chamberlain aus dem Regierungsamt drängte und am 5. August 1942 erklärte, sich nicht mehr an das Münchener Abkommen gebunden zu fühlen.

### **Die Annullierung des Abkommens**

Die Forderung der CSR zielte auf die Annullierung *ex tunc*, nicht achtend zahlreicher unlogischer Konsequenzen. So wären die Sudetendeutschen ohne wirksames Abkommen csl. Staatsbürger geblieben, die man wegen des entsprechenden Verfassungsverbots hätte nicht ausweisen dürfen. Auch hätte man sich dann 1949 bzw. 1950 den umständlichen Einbürgerungsprozess der heimatverbliebenen Sudetendeutschen sparen können. Auch scheint die Prager Regierung zwischen 1950 und 1966 von der Gültigkeit des Münchener Abkommens ausgegangen zu sein, denn bis dahin ließ sie ihren Staatsgründungstag nicht mehr am 28. Oktober (1918), sondern am 9. Mai (1945) feiern.

Diesen Handlungsweisen der CSR/CSSR entspricht Deutschlands Haltung. Die Bundesregierung geht von der Gültigkeit des Münchener Abkommens bis zur Ratifizierung des Normalisierungsvertrages von 1974 aus. Das aber bedeutete, dass die Sudetendeutschen 1945 deutsche Staatsbürger waren, die von einem fremden Staat nur gegen Entschädigung enteignet werden durften.

Zum Schluss ein Hinweis auf eine weitere Kuriosität. Bei der Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens hat man vergessen, auch den vorausgehenden **Basisvertrag** vom 21. September 1938 zu annullieren!

### **Angebliche Vertreibung von Tschechen:**

**Die Behauptung, Tschechen seien 1938 aus dem Sudetenland vertrieben worden, zeugt von einem Mangel an Aufrichtigkeit. Es galt der in § 7 des Münchner Abkommens vorgesehene Optionsvertrag vom 20.11.1938, der dazu führte, daß nach dem Anschluß 40.000 Tschechen mehr im Sudetenland lebten als 1918 (zusammen 319.000, sh. Habel, Legende, S. 83 f.). Das Sudetenland verließen vor allem tschechische Staatsbeamte und Soldaten, die aufgrund einer verfehlten Siedlungspolitik in die Grenzgebiete entsandt worden waren.** Zwang wurde auf sie nicht ausgeübt (F. Seibt, S. 271). **Viele gingen vermutlich gerne zurück, wie die tschechische Lehrerflucht** der vorangegangenen Jahre vermuten läßt. So hatten schon 1936 nicht weniger als 1.634 tschechische Pädagoginnen und Pädagogen ihre Rückversetzung ins Landesinnere beantragt, während sich gleichzeitig für die 105 offenen Stellen an tschechischen „Diaspora-Schulen“ kein einziger Bewerber fand! (Narodni Listy, zit. nach Dorfbote 24.1.1937). An der Volksabstimmung vom 4. Dezember 1938 beteiligten sich auch die im Sudetenland verbliebenen Tschechen auf besonderen Wahlzetteln. Ihr Votum ergab 118.206 Stimmen für und 24.455 gegen den Anschluß (Bundesarchiv Koblenz, R43 II/1368, sh. Habel, S. 437, Anm.5). Als stolzer Ruhmestitel für die Sudetendeutschen bleibt, daß sie sich 1938 jeder Rache an den verbliebenen Tschechen für vorher erlittene Demütigungen enthielten. Die Reichsregierung gewährte letzteren sogar eine Amnestie für politisch motivierte Straftaten, sofern sie nicht Raub oder Mord betrafen (Habel, Dokumente, S. 441). Die soziale Stellung der im Sudetenland verbliebenen Tschechen wird als relativ nicht schlecht bezeichnet. Sie erhielten die gleichen Löhne wie die Deutschen und standen sich wirtschaftlich mitunter sogar etwas besser, da sie keine Beiträge zur NSDAP entrichteten (Jaroslav Joza, Dejiny a soucasnot, 11/1966).

### **Die Stimme Emanuel Radls (1873-1942)**

Radl war tschechischer Philosophieprofessor und schrieb schon 1924 (S. 173 f.): *Die Anerkennung des neuen Staates wurde den Deutschen nicht leicht gemacht. [...] Die herrschende Theorie lehrt, daß der Sinn des Tschechentums im Kampf gegen das Deutschtum liegt, und tatsächlich ist die Politik unserer Republik nach dem Weltkrieg zum großen Teil ein Krieg des Staates gegen die inländische deutsche Bevölkerung. Wie konnten die Deutschen unter diesen Umständen den Staat anerkennen? Insbesondere erschwert noch die politische Praxis im Kleinen den Deutschen (und den Ungarn) die Eingliederung in das staatliche Leben. Sie werden im allgemeinen als ein unerwünschtes, verdächtiges, gefährliches, fremdes Element angesehen; der Kampf gegen sie wird als Verdienst um den Staat aufgefaßt. Obgleich es hinreichend klar war, daß den Deutschen Unrecht getan wurde, hat*

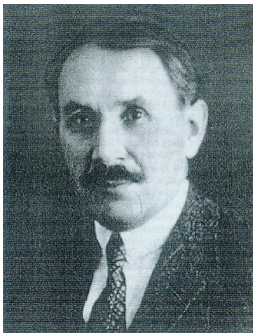
WITIKOBRIEF

Seite 25

Sonderheft 2013

*die Regierung nicht ein einziges Mal die deutschfeindliche Agitation verurteilt; die Gesetze über den Minderheitenschutz werden als Gesetze über den Schutz des Staates gegen die Deutschen ausgelegt.*

#### **Fazit:**



Prof. Em. Radl

**Die CSR hatte sich im Vertrag von St. Germain zur gerechten Behandlung der „eingeborenen Bevölkerung“ verpflichtet (Art. 23), diese Zusage aber nicht eingehalten. Daher war eine Überprüfung nach § 19 des Versailler Vertrages gerechtfertigt. Die Sudetendeutschen hätten schon die Gewährung wirklicher Autonomierechte als großen Erfolg empfunden. Briten und Franzosen forderten von Prag aber mehr, nämlich die Abtretung der Sudetengebiete. Dies stand eigentlich im Widerspruch zu den Forderungen der deutschen Seite und geschah ohne Absprache mit dieser. Es ist daher unseriös, die Sudetendeutschen als Zerstörer der Ersten Republik anzuprangern.**

### **Auszug aus der Literaturliste:**

Becher, Walter, Zeitzeuge, München 1990; Berber, Friedrich, Europäische Politik 1933-1938 im Spiegel Prager Akten, Essen 1942; Dokumenty z historie ceskoslovenske politiky, 2 Bd., 1939-43 (DHCP), Prag 1966; Fest, J., Spiel mit hohem Einsatz, VfZ. 46/1998; Frank, Ernst, Autonomie oder Anschluß? in: Sudetendeutscher Turnerbrief, 1980/2; Franke, Rainer, London und Prag, München 1981; Groscurth, Helmuth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940; Habel, Fritz-Peter, Eine politische Legende; ders., Dokumente zur Sudetenfrage, 2003; Jaksch, W., Europas Weg nach Potsdam, 1958; Katzer, Franz, Das große Ringen, 2003; Kern, Erich, Verheimlichte Dokumente, München; Kral, Vaclav, Das Abkommen von München 1938, Prag 1968; ders., Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-47, Dokumentensammlung, Prag 1964; Lamatsch, Paul, Prager Tragödie, München 1964; Prinz, Friedrich, Benesch und die Sudetendeutschen, in: Beiträge zum Deutsch-Tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert, Collegium Carolinum, 1967, S. 93-110; Radl, Emanuel, Der Kampf zwischen den Tschechen und den Deutschen, 1924, deutsche Übersetzung Reichenberg 1928; Ribbentrop, Anneliese von, Deutsch-englische Geheimverbindungen, Wuppertal 1967; Seibt, Ferdinand, Deutschland und die Tschechen, 2. Auflage, München 1995; Stehule, Josef L., Ceskoslovensky stat v mezinarodnim pravu a styku, 1919, abgedruckt in: Odsun, S. 536 ff., 2000; Taylor, A.J.P., Die Ursprünge des zweiten Weltkriegs, Gütersloh 1962; Vietz, Karl, Verrat an Europa, 1938.

P.S.: Chamberlain verfolgte auch im Herbst 1939 die Strategie der Zuspitzung. Als der von den Verschwörern versprochene Putsch aber trotz des Krieges in Polen ausblieb, strebte er den friedlichen Ausgleich mit Hitler an, was ihm aber die inzwischen erstarkte Kriegspartei Englands nicht mehr erlaubte.

### **Skoda:** **Aufstieg und Ende einer Industriellen-Familie** (F.Volk)

Die Firma Skoda ist weltweit bekannt. Dementsprechend ist auch die Firmengeschichte sehr gut erforscht. Im Gegensatz dazu hielt sich aber das Interesse an der Familiengeschichte der Skodas in Grenzen. Einen wichtigen Beitrag dazu liefert 1993 jedoch die Forschungsgruppe der AEFf (Arbeitsgemeinschaft Egerländer Familienforscher), die zunächst die vorhandene Literatur und vor allem zwei Manuskripte von Mitgliedern der Skoda-Familie auswertete. Das ältere war ein neunzehn Seiten umfassender handschriftlicher Bericht des Landesmedizinalrates Dr. Franz Skoda, des Vaters des Firmengründers. Auf ihm fußte sein Urenkel, Emil von Skoda jr. mit einem maschinenschriftlichen Manuskript von 24 Seiten aus dem Jahre 1920. Franz Skoda fasste seinen Bericht auf deutsch ab, Emil jr. auf tschechisch.

Wie in vielen Familien gibt es auch bei den Skodas eine Familienlegende. Ihr Stammvater sei ein Hirte im Dorfe Dolany, 2 ½ Wegstunden nordöstlich von Pilsen am Ufer der Beraun, gewesen. Er sei bei der Verteidigung seiner Herde von einem Bären getötet worden. Die dankbare Dorfgemeinschaft beschenkte die Witwe mit einer Feldwirtschaft und seine Söhne wurden „Skoda“ genannt, zum Zeichen, daß es um diesen Mann „schade“ ist (*skoda, tsch.=schade*). Der Hof führe heute noch den Namen „u Skodu“. Diese Geschichte trägt reichlich märchenhafte Züge und dürfte, wie die meisten Familienlegenden, ein Phantasieprodukt sein. Dokumentarisch nachweisbar ist die Familie erstmals 1588 und zwar in zwei Linien, von denen der sog. Letkover Zweig zum Firmengründer führt. Letkov ist ein Dorf nahe Dolany und war der Wohnsitz von **Tomas Skoda**, der dort die Chalupe 13 bewohnte. Mit seiner Gattin Margareta Marshal hatte er 12 Kinder, darunter **Jan Vojtech** (1769-1852), den Vater von Franz und den Großvater des Firmengründers Emil. Mit 14 Jahren sollte Jan Vojtech in Christ Eisengießer oder Hammerschmied werden. Da ihm dafür aber die körperlichen Voraussetzungen fehlten, begann er bei Meister Thalmann die Schlosserlehre. Als Geselle hielt er sich überwiegend in Österreich, und da vor allem in der Steiermark, auf (Eisenerz bei Leoben!), wo er die deutsche Sprache erlernte. Mit fast 30 Jahren kehrte er zurück und ehelichte in Pilsen Anna Smickova (Schmitz?), die Tochter des Pilsner Wassermeisters. Mit ihr hatte er drei Söhne.



Dr. med. Franz Skoda

Seine Werkstatt hatte Jan Vojtech an der Pilsener Stadtmauer neben dem Sachsentor. Als neben ihm eine Werkstatt frei wurde, konnte er sie mieten und zu einem Wohnstübchen umbauen. Aber auch in der neuen Bleibe hatten die Söhne ihre Schlafstelle nur auf dem an zwei Seiten offenen Dachboden. Bei Frost stieg die Mutter öfter die Leiter hoch, um zu sehen, ob keines der Kinder erfroren sei. **Franz Skoda**, ihr ältester Sohn (geboren 1801), schreibt, daß er erst wieder als Student in Wien in einem Zimmer geschlafen habe.

Franz Skoda hat „die Buchstaben“ vom Vater gelernt. Mit sieben Jahren kam er in die Normalschule, wo er zunächst gewisse Sprachschwierigkeiten hatte, denn obwohl sein Vater die deutsche Sprache konnte, war die Umgangssprache zu Hause Tschechisch. Daraus geht auch hervor, daß die Germanisierung der Familie erst mit Franz begann. Die zweite Grammatikklasse mußte Franz wiederholen und hatte das Glück, in der Wiederholungsklasse mit dem Professor Köhler, einem Stift Tepler Praemonstratenser, einen vorzüglichen Lehrer zu bekommen. Von da an gehörte er immer zu den besten Schülern, auch an der Wiener Universität. Seine Schulschwierigkeiten vorher erklärte Franz Skoda mit schlechtem Umgang und Beanspruchung im Haushalt. Franz erhielt von den Eltern nicht die geringste Unterstützung und verdiente sich ein Taschengeld mit Nachhilfeunterricht. Mit 16 Jahren hatte er täglich 4–6 Schüler. Seine eigenen Hausaufgaben erledigte er in den Randstunden, im Winter vor dem Einheizloch des Kachelofens, denn Licht war im Hause des Nagelschmiedes Skoda ein Luxus. Franz Skoda beurteilt daher seine Jugend als keineswegs „glücklich“ oder auch nur „zufriedenstellend“. „Mir war keine Gelegenheit zu gründlichem Unterricht gebothen, als cechischem Knaben war mir jede Gelegenheit abgeschnitten, mit Kindern aus besseren und gebildeteren Häusern umzugehen.“

Im Jahre 1821 legte Franz Skoda am Gymnasium „seine Absolution“ (Matura) mit Auszeichnung ab. Am 9. September brach er zum Medizinstudium in Wien auf. Die Reise ging bis Linz zu Fuß, dann auf einem Floß bis Wien. Um die Beförderungskosten zu sparen, verdingte er sich auf dem Floß als Ruderer.



Marg. Skoda, geb. Rziha,  
Mutter des Industriellen

In Wien war seine wirtschaftliche Lage prekär, bis er von der Fabrikantenfamilie Bischof als Hauslehrer aufgenommen wurde. Nach der Promotion 1826 bildete er sich noch zwei Jahre fort und kehrte 1828 nach Pilsen zurück. Mit seiner Praxis in der Dominikanergasse war er der siebte Arzt in Pilsen. 1829 ehelichte er die wohlhabende Anna Piwetz, die aber 1836 starb. 1839 heiratete er erneut, und zwar Johanna Margarete Rziha, deren Vater der reichste Bürger Pilsens und der Sprecher der Deutschen war. Ihre Mitgift betrug 100.000 Gulden. Das erste Kind dieser Ehe war Emil, der spätere Industrielle. Margareta Rziha starb 1854 bei der Geburt ihres achten Kindes. Franz Skoda bekennt, daß er „um jeden Preis“ Kreisarzt werden wollte und deshalb zu Sonderleistungen bereit war. So meldete er sich 1830 als junger Ehemann nach Galizien zur Bekämpfung einer Choleraepidemie, der er fast selbst zum Opfer gefallen wäre. 1833 stellte er sich in Pilsen im neuerbauten Städtischen Krankenhaus ehrenamtlich als Primarius zur Verfügung. Später erhielt er dafür 200 Gulden im Jahr.

1848 wurde Franz Skoda als Vertreter Pilsens in den Reichstag nach Kremsier entsandt, wo er sich „sehr für die Aufhebung des Adels“ ausgesprochen hat. Das brachte ihm die Beobachtung durch die Geheimpolizei ein. Da er davon nichts wusste, wunderte er sich bald über den Stillstand seiner Karriere und warf seinem Vorgesetzten, dem Protomedicus von Böhmen, Mißgunst vor. Resigniert führte er das Ausbleiben einer Beförderung auf sein „fehlendes Talent zum Denunzieren“ zurück.

Schließlich wurde Franz Skoda aber doch zum Kreisarzt von Pilsen und Klattau ernannt. Auf die Stelle des Kreisarztes von Eger wurde er im Jahre 1856 berufen. 1865 stieg er zum Landesarzt in Prag auf, was in etwa einem heutigen Gesundheitsminister entsprach. Wegen seiner Verdienste bei der Versorgung der Verwundeten im Krieg gegen die Preußen 1866 wurde er mit dem Orden der Eisernen Krone 3.Klasse und dem erblichen Titel eines Ritters ausgezeichnet.

Am 1.Jänner 1872 ging Franz Skoda in den Ruhestand und übersiedelte nach Wien. Dort musste er sich bald der Pflege seines Bruders Joseph widmen, der 1881 starb. Er selbst verschied 1888.



Emil von Skoda mit Gattin  
Hermine, geb. Hahnenkamm

### **Emil Ritter von Skoda**

Seine ersten Berufserfahrungen sammelte er in deutschen Werken. Bei Ausbruch des Krieges gegen Preußen war er Oberingenieur in Bremerhaven und musste als „feindlicher Ausländer“ in seine Heimat zurückkehren. Dort übernahm er die Leitung der Waldsteinschen Reparaturwerkstatt, die er am 12.6.1869 vor allem vom reichen Erbe seiner Mutter käuflich erwarb. Später unterstützte ihn auch sein Onkel Joseph, der als Medizinprofessor in Wien zu Weltruhm gekommen war, nachdem er die Percussionsmethode zur Diagnose von Brustkrankheiten perfektioniert hatte. Kapital floß ihm auch durch die Eheschließung mit Hermine Hahnenkamm, einer wohlhabenden Pilsner Bürgerstochter, zu. Deren Vorfahren waren als Inhaber einer europaweit tätigen Spedition mit 200 Pferden zu Reichtum gekommen. Ihr Stammhaus war das frühere Hotel „Weiße Rose“ rechts neben dem Rathaus. Der Ehe

entsprossen vier Kinder: Josefine (1872-1936), Johanna (1874), Hermine (1876) und Carl (1878-1929).

Die Firma Skoda war zunächst erfolgreich mit der Herstellung ziviler Anlagen. Die Belegschaft des Werkes stieg bis zur Jahrhundertwende von 33 auf 40211. Widerwillig fügte sich ihr Inhaber dem Druck aus Wien, die Waffenproduktion aufzunehmen. Die dafür angeschafften Maschinen blieben, wie Skoda befürchtet hatte, unrentabel. Emil von Skoda war dadurch gezwungen, die Firma 1899 in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Nach seinem Tode ein Jahr später verfügte sein Sohn Carl über die Aktienmehrheit. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zur Tschechisierung der Firma. Die Regierung untersagte Carl von Skoda jede wirtschaftliche

WITIKOBRIEF

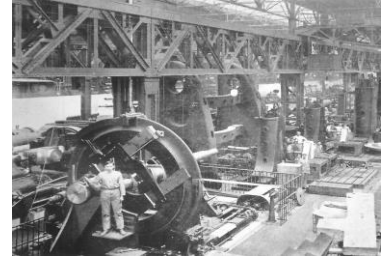
Seite 28

Sonderheft 2013

Tätigkeit der CSR, so daß diesem nichts anderes übrig blieb, als das Aktienpaket (unter Wert) an tschechische Banken zu verkaufen. Seinen Wohnsitz nahm Carl in Zürich. In Pilsen blieben seine Schwester Johanna und sein Sohn Emil jr. Johanna bewohnte das Skoda-Palais in der Klattauer Straße und Emil besaß das Schloß Zinkau, etwa sechs Kilometer westlich von Nepomuk in Westböhmen.

### **Die nationale Zugehörigkeit der Familie Skoda**

Die Germanisierung der Familie Skoda, begann mit Franz Skoda, dem Vater des Industriellen. Er machte eine Beamtenkarriere im Kaiserstaat und ehelichte in zweiter Ehe die Deutsche Margareta Rziha. Von seinem Sohn Emil berichtet die 1990 erschienene tschechische Firmengeschichte etwas nebulös, daß er „häufig Gast in deutscher Gesellschaft“ und mit „seinem Familienkreis“ der „deutschen Umwelt verbunden“ gewesen sei. Da Emil Ritter von Skoda aber die tschechische Sprache nur unvollkommen beherrschte, war er selbstverständlich nicht nur Gast, sondern Teil, wenn nicht gar Mittelpunkt der deutschen Gesellschaft Pilsens. Der Pilsner Tagespresse kann man auch entnehmen, daß er Mitglied im Pilsner Gesellschaftsverein „Schlaraffia“ war und seine Kinder am Vereinsleben deutscher Vereine teilnahmen. Bei seinem Tod 1900, ergriff Trauer „vor allem den deutschen Teil der Stadt.“ Bei den tschechischen Zeitungen „Nase snaha“ und „Nova doba“ war er sogar Unperson, denn sie erwähnten sein Begräbnis mit keinem Wort! Als die Presse 1939 beim 100. Geburtstag Emil von Skodas auf den tschechischen Ursprung der Familie hinwies, widersprach Emils Tochter Johanna (Jenny) in einem Leserbrief heftig und betonte den deutschen Charakter der „gesamten Familie“. Diese Einstellung hatte, wie im Folgenden gezeigt wird, für einige ihrer Angehörigen schwerwiegendste Folgen.



Großschmiede bei Skoda



Schloß Pollerskirchen

### Die Auflösung der Familie

Der Industrielle hatte vier Kinder, von denen aber nur Johanna und Carl (je drei) Kinder hatten. Johanna (verehelichte Wessely) wurde nach dem Kriege enteignet und durfte in ihrem eigenen Schloß zu Pollerskirchen (Usobi, an der böhmisch-mährischen Grenze) nur einen kleinen Raum benutzen. Immerhin befand sich am Ort auch ihre Tochter Hermanna, die mit dem Uhrmacher Fait verheiratet war. Hermanna hatte noch zwei Brüder mit Namen Emil und Richard. Emil starb 1947 in Graz und Richard versuchte nach der Vertreibung in Kordingen bei Wallrode (NRW) eine Kunstblumenfabrik ins Leben zu rufen.

Die Kinder Carls (1878-1929) waren Karl, Emil und Hedda. Hedda war promovierte Juristin und lebte in der Schweiz. 1985 starb sie unverehelicht und kinderlos in Südfrankreich. Ein tragisches Schicksal ereilte ihre beiden Brüder, denn **beide wurden in den Nachkriegsmonaten Opfer tschechischer Gewalt**. Karl hatte in Oxford studiert und kam, wie sein Cousin Richard im Heimatbrief Mies-Pilsen (Folge Mai 1951) mitteilte, in einem Prager Gefängnis ums Leben. Emil, sein jüngerer Bruder, war während des Krieges bei der deutschen Wehrmacht und diente in der Panzerkaserne Prag als Dolmetscher. Nach dem Kriege lebte er, zunächst unbehelligt, auf seinem westböhmisches Schloß Zinkau. Als aber die Amerikaner Westböhmen verließen, wurde er sofort verhaftet und nach einem Zwischenspiel in Tabor ins Kreisgefängnis von Pilsen gebracht. Dort erlag er brutalen Mißhandlungen. Für jede der genannten Stationen gab es nach dem Kriege aus den Reihen der sudetendeutschen Mithäftlinge Augenzeugen, für sein Ende sogar ein schriftliches Dossier. **Damit ist die Familie des Großindustriellen im Mannesstamm erloschen.** (Erstabbruck Witikobrief 1/2012.)  
 Quelle: Jahrbuch Mies-Pilsen 1993, S. 84-94, dort auch eine genaue Literaturübersicht und eine Genealogie!

## Die Errichtung des Protektorats vor 74 Jahren

Von F.Volk

**Vorbemerkung:** Am 15. März 1939 wurde das "Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" errichtet. Dieser Vorgang gilt allgemein als der Schritt über die rote Linie, der letztlich zum Zweiten Weltkrieg führte. Den Tschechen dient er aber auch als Rechtfertigung für die Vertreibung der Sudetendeutschen. Dabei hat die Protektoratsfrage, wie der Völkerrechtler Ermacora feststellte, nichts mit dem Sudetenproblem zu tun. Die meisten Sudetendeutschen haben im Gegenteil die Besetzung der "Resttschechei" mißbilligt. Da sie dafür dennoch schwer büßen mußten, interessieren sie sich für die Einzelheiten:

1. Böhmen, Mähren und die Slowakei gehörten bis 1918 zu Österreich und damit zu einem mit Deutschland befreundeten Staat. Als aus diesen drei Ländern die Tschecho-Slowakei entstand, hätte nichts dagegen gesprochen, mit Deutschland ebenfalls freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Der neue Staat trat aber als Siegerstaat auf, dessen Unterschrift sogar unter dem Versailler Vertrag prangte (die ihm u.a. die Freihäfen in Hamburg und Stettin eintrug, befristet bis 2019!). 1936 forderte er (nach der Rheinlandbesetzung) Frankreich zum gemeinsamen Krieg gegen Deutschland auf und ordnete am 21. Mai 1938 völlig unprovokiert die Teilmobilmachung gegen Deutschland an. Hitler unterbreitete 1936 einen "sehr ernst gemeinten" Vorschlag eines Nichtangriffspaktes, doch Benesch lehnte ab, da er nicht zum "Verräter" werden wollte (DHCP, S.595). Da sich die CSR seit 1935 (Vertrag mit der Sowjetunion) unverkennbar zu einem Vorposten des Bolschewismus entwickelt hatte (Vietz, passim; Hedin, S. 65), galt sie als Sicherheitsrisiko, auch für andere Staaten Europas, zumal in Spanien ein zweiter kommunistischer Staat in Europa zu entstehen schien. So beauftragte Hitler General Keitel mit der Ausarbeitung der Studie "Grün". Ausdrücklich lehnte er aber einen unmotivierten Angriff ab. Vielmehr wollte er es den Tschechen selbst überlassen, "sich ihr eigenes Grab zu schaufeln".

2. In den September-Verhandlungen mit Chamberlain 1938 sagte Hitler den Zerfall der CSR voraus, wenn es in der Minderheitenfrage nur zu Teillösungen käme (Ribbentrop, S. 150). Ziel der deutschen Seite war die Autonomielösung mit Volksentscheid für alle Minderheiten. Gerade dies wollte Prag vermeiden und "bestellte" in Paris und London das Ultimatum vom 19. September 1938. Dieses Vorgehen war mit der deutschen Regierung nicht abgesprochen und stand völlig im Widerspruch zu deren Vorstellungen (Ribbentrop, S.161). Für viele Briten galt das Münchner Abkommen als ein "Triumph der Sittlichkeit" (Taylor, S. 262), gleichzeitig hielt es aber die "*labile Lage stabil*", um später, nach Behebung vermeintlicher Rüstungsmängel, eventuell erneut eingreifen zu können (Lamatsch, S.183).

3. Chamberlain und Hitler unterzeichneten am 30.9.1938 einen Freundschafts- und Konsultationsvertrag. Chamberlain hielt ihn für so wichtig, daß er ihn (und nicht den Münchner Vertrag) in London beim Verlassen des Flugzeuges triumphierend emporhielt (Hesse, S. 121). **Dennoch verstieß er gegen dessen Geist schon wenige Tage später, als er ein gigantisches Rüstungsprogramm verkündete und im Januar 1939 bei seinem Italienbesuch von evtl. militärischen Maßnahmen gegen Deutschland sprach** (Nicoll, S. 62/69). Die Tschechen weigerten sich, das Bündnis mit der Sowjetunion zu lösen und der deutschen Abrüstungsbitte nachzukommen, was auch im Sinne des Versailler Vertrags gewesen wäre (Hoggan 1963, S.385). Stattdessen verstärkten sie sich zusätzlich durch den Kauf schwerer Artillerie in Übersee (Ribbentrop, S. 344). Ihre Armee umfaßte 44 Divisionen (Deutschland 31, Jaksch, S.322) und war nach wie vor von deutschfeindlicher "Benesch-Mentalität" durchdrungen (Klüver 1984, S. 162). Auf tschechischen Flugplätzen standen 1.582 Maschinen, wahrscheinlich ergänzt durch einige Geschwader russischer „Martin“-Bomber (Barnes, S. 198; Reitzner, S. 34). Das verlieh der csl. Propaganda, "Flugzeugmutterschiff" (Pierre Cot) gegen Deutschland zu sein, einen realen Hintergrund. Hitler war trotzdem bereit, sich an das Münchner Abkommen zu halten. Andere Auffassungen beruhen auf fehlerhafter Quellenauswertung (Klüver 1984, S.153, 156 ff.). Auch bei den slowakischen Sezessionswünschen hat sich die deutsche Seite offenbar passiver verhalten als oft behauptet wird. Das berichteten jedenfalls der tschechische Rundfunk und

Außenminister Chvalkovsky (Ribbentrop, S. 241 und 344). **Zur Protektoratserrichtung kam es erst, als die Ereignisse das Münchner Abkommen schon zerstört hatten.**

4. England hintertrieb im November 1938 Frankreichs Plan, der CSR eine Bestandsgarantie zu geben (Hoggan, S.366 f.). Am 10. 3.1939 signalisierte Stalin in einer Rede vor dem Kongreß der KPdSU, daß die Sowjetunion einer Ausdehnung Deutschlands nach Osten nicht entgegenzutreten würde (Burckhard, S. 239 f.). Deutschland erinnerte London und Paris am 28.2.1939 in einer formellen Note an die von Hitler im September 1938 geäußerten Bedenken über die Lebensfähigkeit der CSR. Beide schwiegen dazu (Hoggan 1963, S. 387 f.). Von möglichen Änderungen in der Rest-Tschechoslowakei sprach im Februar 1939 Ribbentrop, als Frank Ashton Gwatkin bei ihm in Berlin weilte. Das Foreign Office gab unverzüglich ein juristisches Gutachten in Auftrag, das am 13. März 1939 vorlag, jedoch keinen Verstoß gegen das Münchner Abkommen oder das Konsultationsabkommen vom 30.9.1938 feststellte (Stefan Scheil, JF. 14.3.2014). Formell kam Hitler seiner in München eingegangenen Konsultationspflicht am 13. März 1939 nach. Der britische Premier ließ ihm mitteilen, dass sich England nicht "*in*

*Angelegenheiten, die andere Länder unmittelbarer angehen*" einmischen wolle (von Below, S. 153, Woltersdorf, S. 36). Diese Nachricht überbrachte Botschafter Henderson dem deutschen Außenminister am 14. 3. 1939 abends. (Klüver 1997, S. 286). Die deutsche Regierung hatte durch ihren Abhördienst davon allerdings schon früher erfahren.

5. Hacha stand 1939 vor einem Scherbenhaufen. Die Slowakei hatte sich von der CSR losgesagt und wurde sofort von mehreren Staaten (auch von Frankreich, England und Sowjetunion, Glaser, S. 83) als neues Völkerrechtssubjekt anerkannt. Deutsche Verbände sicherten am 14.3.1939 Mährisch Ostrau vor polnischem Zugriff. Polen und Ungarn strebten eine gemeinsame Grenze an, um Rußland den Weg nach Mitteleuropa und Deutschland den nach Südosteuropa zu verlegen (Quigley, S. 641). Daher besetzte Ungarn am selben Tag mit heimlicher Unterstützung Polens Ruthenien (Churchill, S.169) und hoffte, die Slowakei zurückzubekommen. Die polnische Regierung erklärte, sie könne sich mit der Rückgabe des Teschener Gebietes nicht zufrieden geben und forderte eine gemeinsame Grenze mit Ungarn (Post, S. 304). Das war die Lage, als sich Hitler am 12.3.1939 entschloß, die "Resttschechei" zu besetzen (Taylor, S.261). In Prag planten Vlacka-Faschisten und solche um Radola Gajda einen Staatsstreich, was Deutschland aber ablehnte (Seidler, S.465). Hacha fürchtete die Rückkehr Beneschs (Post, S. 306) und eine Auflehnung benesch-treuer Generäle, deren gute Beziehungen zur SU bekannt waren (Vietz, passim). Die tschechische Begünstigung der Komintern beklagte man in Polen schon 1938 (Burckhard, S. 159).

6. Hacha bat auf Anraten Hendersons und mit Billigung seines Kabinetts Hitler am 14.3.1939 um ein Gespräch. Hitlers Zustimmung kam erst nach wiederholten Anfragen. Hacha wurde also nicht in die Reichskanzlei „zitiert“. Berlin hatte mit Ausnahme des militärischen und außenpolitischen Sektors eine tschechische Autonomie vorgesehen (Ribbentrop, S. 344). Als Hacha in Berlin eintraf, wurde er von Staatssekretär Meißner begrüßt, weil Außenminister von Ribbentrop wegen der o.g. Unterredung mit Henderson verhindert war. Auf der gemeinsamen Fahrt zum Hotel Adlon ließ Hacha schon wortreich eine gewisse Unterwürfigkeit erkennen. Als von Ribbentrop später ins Hotel Adlon kam, um die Begrüßung Hachas nachzuholen, teilte ihm dieser mit, daß er nach Berlin gekommen sei *"um das Schicksal der CSR in die Hände des Führers zu legen"* (Benoist, S.68). Ribbentrop gab diese Information weiter, und Hitler ließ in Eile ein entsprechendes Schriftstück vorbereiten, das möglicherweise über die ursprünglichen Pläne Deutschlands hinausging. Als Hacha zwei Stunden später in die Reichskanzlei kam, erklärte er in seiner Einleitungsrede, daß er sich schon im Oktober 1938 gefragt habe, *"ob es für die CSR überhaupt ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein"* (IMT, XXXI, S.140). Damit kam er Hitlers Absichten weit entgegen und mußte nicht erst unter brutalen Druck gesetzt werden, wie der französische Botschafter Coulondre, der kein Augenzeuge war, irreführend verbreitete. Korrekte Behandlung bestätigte nicht nur Hacha selbst gegenüber Molotov (Hoggan 1983, S. 571; Strang, S. 180), sondern auch seine Tochter, Milada Radlova, beim IMT-Verhör. Das gleiche bezeugten die als Augenzeugen anwesenden Staatssekretäre Ernst von Weizsäcker und Otto Meißner (Meißner, S. 476). Letzterer hält sogar ein Einlenken Hitlers für möglich, wenn Hacha die Unterschrift verweigert und an die einstigen Garantieabsichten Frankreichs und Englands erinnert hätte (Meißner, S. 480). Die Beendigung des Protektorats bot Deutschland im Herbst 1939 dreimal, zuletzt im Dezember über die US-Botschaft in Oslo.

7. Chamberlain, der die Zusammenhänge genau kannte, äußerte sich am 15.3. maßvoll zu Hitlers Vorgehen, was die meisten Tories billigten. Seine Untätigkeit entschuldigte er damit, *"daß der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach"*. Den Umschwung leitete

am 17. März die Tilea-Lüge ein, die Hitler Welteroberungspläne unterstellen sollte und schon vorher zwischen dem rumänischen Gesandten einerseits und Halifax und Vansittart andererseits verabredet worden war (Nicoll, S. 131). Chamberlain gab den Sinneswandel Englands am selben Tag in Birmingham in einer von Halifax vorbereiteten Rede bekannt. Im Hintergrund stand Roosevelt, der sich spätestens mit seiner Quarantäne-Rede am 5.10.1937 vom Isolationismus abgekehrt hatte (Barnes, S. 194) und am 16.3. den Briten in einer Note ultimativ den Entzug jeder Hilfe androhte, falls kein Politikwechsel erfolge (Fish, S. 69 ff. mit dem berühmten Pearson-Artikel!). Die UdSSR vollzog eine de-facto-Anerkennung des Protektorats, als sie dem tschechischen Botschafter, Zd. Fierlinger, nahelegte, Moskau am 15. Dez. 1939 zu verlassen und seinen Amtssitz dem Deutschen Reich zu übergeben

(Willars, S. 342). Ihre Botschaft in Prag hatte sie schon im Mai 1939 zur Handelsmission herabgestuft und der Sowjetbotschaft in Berlin unterstellt.

8. Unhaltbar ist der Vorwurf, Deutschland hätte eine in München gegebene Grenzgarantie gebrochen. Eine solche war niemals erteilt, sondern nur unter der Bedingung in Aussicht gestellt worden, daß auch die anderen Minderheitenfragen gelöst würden. Da dies nie geschah, ist der Vorwurf unbegründet. Wie schon Chamberlain bemerkte (s.o. Ziff. 7!), hatte die Selbstauflösung der CSR eine Grenzgarantie gegenstandslos gemacht.

9. Das Protektorat wurde nicht annektiert. Der Reiseverkehr mit dem Deutschen Reich wurde eingeschränkt, um die Gefühle der Tschechen nicht durch unnötigen Tourismus zu reizen. Der Reiseverkehr mit anderen Ländern blieb davon unberührt. Auf Bitten Hachas wurden kaum Sudetendeutsche in der Protektoratsverwaltung eingesetzt. Für die Kontrolle des Landes genügten 5.000 deutsche Polizisten (Jan Prochazka, Host do domu, 1968). Auch die Zahl der Spitzel war mit 60.000 gering, denn den csl. Sicherheitsorganen standen einst deren 175.000 zur Verfügung, nicht zuletzt auch zur Überwachung des Sudetenlandes (Kratochvil, A., Zaluji, S. 54 bzw.275). Die Eingriffe in Verwaltung und Kultur hielten sich in Grenzen, denn auf 350.000 tschechische Verwaltungsbeamte kamen nur 738 (allerdings weisungsbefugte) deutsche (Seidler, S. 299). An der Währungseinheit Krone wurde nichts geändert, und selbst der csl. **Goldschatz** von etwa 18 Tonnen befand sich 1945 noch unangetastet in den Tresoren der Reichsbank und wurde erst danach von den USA nach Übersee gebracht. Noch bei Protektoratsende gab es an die zehn tschechische Literaturzeitschriften (Antonin Krachtovil, RFE München), so daß auch Ota Filip keine ernsthafte Gefährdung des tschechischen Literaturlebens erkennen konnte (Neue Züricher Zeitung, 1.2.1975). Sogar eine tschechische Armee von 7.000 Mann blieb bestehen.

Nach Kriegsbeginn 1939 wurden tschechische Auflehnungsversuche allerdings streng geahndet. Heydrich ermahnte die Tschechen zur Zusammenarbeit, andernfalls müsse man wie in Südtirol an „Evakuierung“ denken. Das ließ er über den kooperationswilligen tschechischen Unterrichtsminister Jaroslav Moravec andeuten. Für Hitler war die Lösung der tschechischen Frage eine Aufgabe für viele Generationen. Das erfuhr der tschechische Ministerpräsidenten Jaroslav Krejci 1944 bei einem Besuch im Führerhauptquartier (Seidel, S. 386). Beabsichtigt war wohl ein Umerziehungsprogramm, wozu das auch von jungen Tschechen wahrgenommene Angebot gehörte, an Universitäten im Reich zu studieren. Solche Angebote macht man keinem für die Ausrottung bestimmten Volk. Die Masse der tschechischen Bevölkerung verhielt sich auch ruhig und kooperierte. 350.000 Tschechen beantragten sogar die deutsche Staatsbürgerschaft. 1941 geriet die Londoner Exilregierung fast in Panik, weil sie befürchtete, die Landsleute in der Heimat könnten einem geplanten Plebiszit über eine Autonomieerweiterung mehrheitlich zustimmen (Feierabend, S. 285). Wegen des Hitler-Stalin-Paktes arbeiteten die tschechischen Kommunisten zwischen August 1939 und Juni 1941 eng mit den Deutschen zusammen. In sechs Divisionen der Wehrmacht dienten Tschechen (Glaser, S. 90), obwohl Hitler deren Beteiligung eigentlich unerwünscht war. Chvalkovsky bestätigte in Nürnberg, daß Hitler die Protektoratszusagen eingehalten habe, soweit es die Verhältnisse zuließen. Im April 1968 erklärte General Josef Hecko auf der ZK-Tagung der KPTsch, daß nicht die Protektoratszeit die schlimmste Epoche der jüngeren tschechischen Geschichte gewesen sei, sondern die der „Zweiten Finsternis“ nach dem Zweiten Weltkrieg (Rude pravo, 13.4.1968).

10. Hacha wurde am 13.5.1945 verhaftet und starb am 27.6. 1945 im Prager Gefängnis Pankraz unter nicht geklärten Umständen. Er wurde in Sträflingskleidung in den Sarg gelegt und bei Morgengrauen im Familiengrab beigesetzt. Anwesend waren nur seine Tochter Milada und deren geschiedener

Ehemann Radl. Der Grabstein erhielt erst nach 1996 eine Namensinschrift (Reuven Assor, Sudetenland 1996/I, S. 94 ff). Der Außenminister Hachas, Chvalkovsky, wurde erschossen.

11. Mit der Errichtung des Protektorats hat Hitler ohne Zweifel eine rote Linie überschritten. Man muß aber sehen, daß die tschechische Frage mit dem Münchner Abkommen nicht gelöst war. Die Lage blieb labil und mußte früher oder später kritisch werden. Hitler hat davor gewarnt, den Münchner Vertragsmächten fehlte aber die Weitsicht. Paul Lammatsch unterstellt dabei sogar Absicht. Man wollte nach einem zynischen britischen Wort in Mitteleuropa „*die labile Lage stabil halten*“, um zu einem späteren und günstigeren Zeitpunkt wieder eingreifen zu können (Lammatsch, S. 183).

Oft wird auch folgendes vergessen: Die Tschechen gehörten 1919 zu den Mitunterzeichnern des Versailler Vertrages, der Millionen Deutsche unter Fremdherrschaft zwang. Die Welt billigte, daß Polen das zu 98 % deutsche Danzig begehrte und daß Ungarn die national fremde Karpatho-Ukraine besetzte. Großbritannien hat alleine zwischen 1915 und 1923 dreißig internationale Verträge gebrochen, herrschte über 550 Millionen Nichtbriten und zwang erst 1936 Ägypten zu einem "ungleichen" Vertrag über die Stationierung von Truppen. Dennoch trat es als politischer Sittenrichter auf. Halifax bekennt in seinen Memoiren (S.182/199), schon 1936 zum Krieg entschlossen gewesen zu sein und nur auf einen Anlaß gewartet zu haben.

**Auszug aus der Literaturliste:**

Barnes, H. E., Perpetual war for perpetual peace, 1953; Bavendamm, D., Roosevelts Weg zum Krieg, 1983; ders., Roosevelts Krieg, München-Berlin 1998; Below, Nikolaus von, Als Hitlers Adjutant 1937-1945, 1980; Benoist-Mechin, J., Wollte A. Hitler den Krieg 1939?, 1971; Burckhard, C.J., Meine Danziger Mission, 1969<sup>2</sup>; Churchill, W., Der 2. Weltkrieg, 1948-85; Dokumenty z historie csl. politiky 1939-1943 (DHCP), Prag 1965; Feierabend, L., London-Prag vice-versa, I, 1971, Fish, Hamilton, Der zerbrochene Mythos, 1982; Franz-Willing, G., Roosevelt, 1991; Glaser, K., Die Tschecho-Slowakei, 1964; Hedin, Sven, Ohne Auftrag in Berlin, 1949; Hesse, Fritz, Das Vorspiel zu Kriege, Leoni 1980; Hoggan, D., Frankreichs Widerstand gegen den Zweiten Weltkrieg, 1963; ders., Der erzwungene Krieg, 1983; Klüver, Max, War es Hitlers Krieg?, 1984; ders., Kriegstreiber, 1997; Lamatsch, Paul, Prager Tragödie, München 1964; Mastny, Vojtech, The Czechs Under Nazi-Rule; 1971; Meißner, O., Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg u. Hitler, 1950; Nicoll, P., Englands Krieg gegen Deutschland, London 1953; Post, Walter, Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 2003; Prochazka, Jan, Host do domu, 1968; Quigley, Carroll, Tragedy and Hope, NY., 1966; Reitzner, Almar, Das Paradies läßt auf sich warten, München 1984; Ribbentrop, Anneliese von, Deutsch-englische Geheimverbindungen, Wuppertal 1967; Seidler, Frz., Die Kollaboration 1939-45, München 1995; Strang, Lord William, Home and Abroad, London 1956; Taylor, A.J.P., Die Ursprünge des 2. Weltkrieges, Gütersloh 1962; Vietz, Karl, Verrat an Europa, Bln. 1938; Willars, Chr., Die böhmische Zitadelle, Wien 1965; Woltersdorf, Hans W., Hinter den Kulissen der Macht, 1997.

~~~~~

**Protektorat und Landarbeiter**

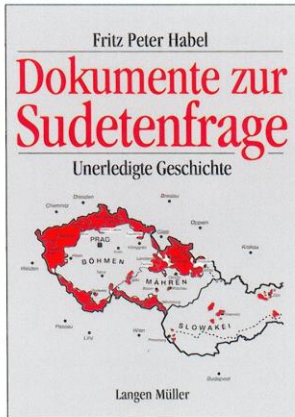
Der Historiker Jar. Sprysl, Landwirtschaftshochschule Prag stellte fest, daß die Landarbeiter in der CSR bis 1939 zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitskräften gehörten. Ihr Lebensstandard stieg im Protektorat spürbar, weil das Reich dort seine Kornkammer sah (Csl. casopis histor., 2, 1972)

*Ein Jahresabonnement des Witikobriefes für Nichtmitglieder kostet nur 16,- Euro!  
Bestellung über: [witikobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de)*

*Bitte die Heimseite des Witikobundes beachten!*

[www.witikobund.de](http://www.witikobund.de)

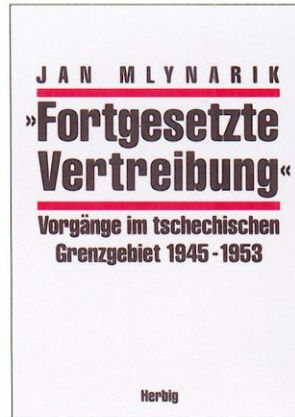
**Bücher zur Zeitgeschichte**



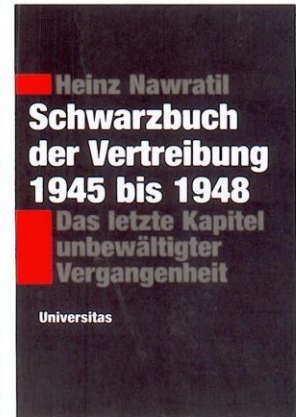
1496 S., ISBN 978-3-7844-2691-4  
€ A 100,80



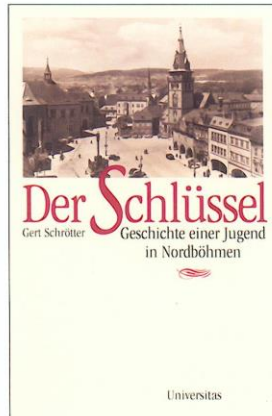
296 S., ISBN 978-3-8004-1416-1  
€ A 20,50



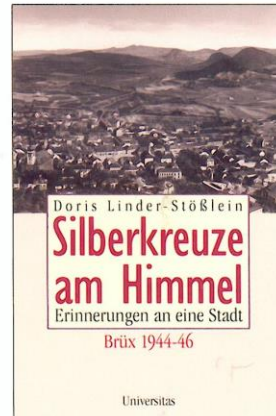
480 S., ISBN 978-3-7766-2291-1  
€ A 41,10



248 S., ISBN 978-3-8004-1474-1  
€ A 20,50



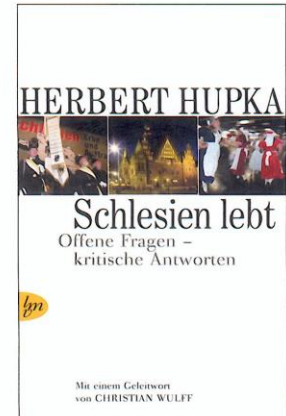
328 S., ISBN 978-3-8004-1459-8  
€ A 20,50



352 S., ISBN 978-3-8004-1456-7  
€ A 23,60



304 S., ISBN 978-3-7844-3046-1  
€ A 17,40



240 S., ISBN 978-3-7844-3045-4  
€ A 20,50

Buchverlage LangenMüller Herbig [www.herbig.net](http://www.herbig.net)